

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebräuche:
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je 1000 Zeichen oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 25. Januar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Monarchie in England.

Im Augenblick, wo ich dies schreibe, kämpft Englands Königin den Todeskampf. Die Kunst der Ärzte wendet alles auf, den Moment ihres Todes hinauszuschieben — ein nicht sehr beneidenswerter Vorzug der Großen dieser Erde. Daß es der ärztlichen Kunst gelingen könne, der Königin die Lebenskraft zurückzugeben, scheint nach allen Berichten ausgeschlossen. Wenn diese Peilen ihren Bestimmungsort erreichen, wird die Katastrophe voraussichtlich vorüber sein.

Ueber die Persönlichkeit der Frau, die über 68 Jahre dem britischen Reich vorgestanden hat, wird das geschichtliche Urteil wesentlich günstig lauten. Nicht daß sie fehlerfrei gewesen wäre. Wie andre Sterbliche, hatte auch sie ihre Schwächen. Aber als Regentin hatte sie ein außerordentlich stark entwickeltes Pflichtgefühl, und ihr Privatleben war im bürgerlichen Sinne musterhaft. Wenn es wahr ist, daß sie seiner Zeit zu ihrem Diener John Brown in einem intimen Verhältnis stand, so würde man das der Witwe auf dem Thron menschlich nachsehen können. Jedenfalls hat sie auch in diesem Falle eine anerkanntswürdige Charakterfestigkeit gezeigt, indem sie ohne Rücksicht auf die Nachreden dem Genannten nach seinem Tode einen Denkstein setzen ließ. Der Frau kann auch der Gegner monarchischer Einrichtungen ohne Tribut an die konventionelle Heuchelei seine Achtung bezeugen.

Ueber die Regentenhandlungen der Königin ist es weniger leicht, ein abschließendes Urteil zu gewinnen. Die konstitutionellen Einrichtungen verbergen da vieles dem Blick der Zeitgenossen. Sie lassen dem Träger der Krone immer noch einen großen Einfluß — wenn auch seine Vollmacht in England in verschiedenen Punkten hinter denen des Präsidenten mancher Republik zurücksteht —, aber nur ausnahmsweise erfährt das Publikum etwas davon, wie dieser Einfluß ausgeübt wurde. Gewöhnlich beden die Minister mit ihrer Verantwortung auch solche Maßregeln, die sie wider eigenen Wunsch auf Drängen des Regenten unternommen haben. Andererseits wieder hat in ernsthaften Fällen der Regent sich auch da dem Beschluß des Ministeriums zu unterwerfen, wo formal er als maßgebend erscheint. So in Fragen über Krieg und Frieden, in Wegnabigungsfragen usw. Allerdings stünde ihm in einem ernsthaften Konfliktfall das Recht zu, das Parlament aufzulösen und an das Land zu appellieren. Aber Victoria hat es nie dazu kommen lassen. Sie hat wohl wiederholt Konflikte mit einzelnen Ministern gehabt, aber auf einen Konflikt mit dem ganzen Ministerium hat sie, — oder haben je nachdem die Minister, — es nicht ankommen lassen. Die meisten Streitfragen werden hinter den Coulissen durch Kompromiß erledigt.

In den Fällen, wo Victoria mit Ministern Streit hatte, der an die Öffentlichkeit kam, hat sie in der Regel die öffentliche Meinung auf ihrer Seite gehabt. So 1851 in ihrem Konflikt mit Palmerston, als dieser sich hinter ihrem Rücken beeilte, den Staatsstreich Louis Napoleons anzuerkennen. Aber sie hat es nicht verhindern können, daß Palmerston drei Jahre darauf Premierminister wurde, und ebenso wenig hat sie es 1880 vermocht, einen anderen liberalen Premierminister als Gladstone zu bekommen. Der Mann, der in der Mehrheitspartei oder Koalition im Parlament den größten Einfluß ausübt, den sie an die erste Stelle wählt, wird Ministerpräsident, ob der Träger der Krone ihn gern hat oder nicht. Insofern regiert in England durch das Mittel der Parlamentsmehrheit die jeweilige Mehrheit der Wähler — soweit nicht etwa einmal unter dem Einfluß des Wahlkreis-Systems die Wählermehrheit im Parlament nur die Minderheit der Abgeordneten hat. In solchen Fällen würde die Parlamentsmehrheit und nicht die Wählermehrheit den Ausschlag geben. England ist ein parlamentarisches regiertes Staatswesen, aber nur erst in bedingtem Grade demokratisch konstituiert. Gegen Ueberwinden der Parteiherrschaft schlägt auf der einen Seite die Macht des öffentlichen Geistes, der sich gegen jede Parteityrannie auflehnt, auf der andern soll der Kronenträger das den Parteicharakter der Regierung mildemde Element bilden. Daß Victoria dieser Aufgabe gewissenhaft nachgekommen ist, kann ohne weiteres zugestanden werden. Jedes ist dabei nicht zu vergessen, daß es sich dabei auch wiederholt um Bremsen der demokratischen Kräfte des Landes gehandelt hat. Victoria war eine streng konstitutionelle Regentin. Der Konstitutionalismus hat aber unter Umständen auch sein sehr konservatives Gesicht. Wenn man das Wort nicht im engeren Parteilinn auffaßt, so war Victoria jedenfalls eine wesentlich konservative Regentin. Daher auch ihre ausgesprochene Abneigung gegen Gladstone, je mehr dieser sich auf die äußerste Linke des Parlaments wühlte, und gegen verschiedene hervorragende Vertreter der äußersten Linken.

Trotzdem war Victoria bis weit in die Reihen der äußersten Linken hinein geachtet und beliebt, was nicht zum mindesten ihrer klugen Selbstbeherrschung und der Art zuzuschreiben ist, wie sie in ihren Manifestationen der Nation zu Herzen zu sprechen wußte. Man kann sagen, daß unter ihr erst der Monarchismus wieder eine geachtete Institution in England geworden ist. Die ersten Könige aus dem Geschlecht der Welten wurden in England von der Aristokratie und weiten Kreisen des Bürgertums — das Volk zählte damals noch nicht — verachtet. Sie vertraten eine tiefere Zivilisation, waren im Innern durchaus von den absolutistischen Anschauungen erfüllt, wie sie im vorigen Jahrhundert in Deutschland vorherrschten. Man nahm sie als das kleinere Uebel hin, weil man die Republik nach den Erfahrungen von 1649—59 nicht mochte, und sie vor ihren Konkurrenten, den Stuarts, den Vorzug des unbedingten Protektionsstatus hatten. Sie waren Könige von der Whigs und der Katholikensucht Gnaden. Sonst aber blieben die ersten George dem englischen Volke fremd, Georg III. fand ihn

zeitweise etwas näher, regte aber dann durch absolutistische Versuche um so stärkere Opposition gegen sich auf und endete im Wahnsinn. Wie die Nation über Georg IV., den „vornehmsten Gentleman Europas“ dachte, bezeugen u. a. die Romane von Thackeray und Dickens, und William IV. bewies durch sein Verhalten in der Reformbewegung, wie sehr sich die getäuscht, die auf den Matrosenkönig große Hoffnung gesetzt hatten. Erst Victoria gewann und behielt dauernd das Herz der Masse des englischen Volks. Tochter jenes Herzogs von Kent, der ein warmer Förderer der philanthropischen Bestrebungen Robert Owens war und es auch blieb, nachdem Owen durch seine Rede gegen die kirchlichen Konfessionen die Masse seiner Verehrer aus der bestehenden Klasse in erbitterte Gegner verwandelt hatte, scheint sie von ihrem Vater die Aufrichtigkeit und Treue geerbt zu haben, die aus dessen Briefen an Owen herausspricht. Mit jener weiblichen Klugheit, welche die meisten Frauen auf dem Thron belundet haben, trat sie fast nur dann persönlich vor die Nation, wenn sie an deren Gemüt zu appellieren hatte, und da ihre ganze Denkart, ihr Festhalten an überlieferten Formen, ihre bürgerliche Hauslichkeit dem Denken und Fühlen der Engländer durchaus kongenial war, traf sie auch fast immer den richtigen Ton. Die Wähler verlangten im ganzen wenig genug von ihrem Regenten. Es gehört weniger dazu, ihre Gunst zu gewinnen, als sich ihre Ungunst zuzuziehen.

Democh spielte noch Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre eine republikanische Propaganda in England eine gewisse Rolle. Aber sie mußte die Segel streichen. Sie zog einen großen Teil ihrer Kraft aus den Verächten über die Lebensweise des Thronfolgers, des Prinzen von Wales, dem die ärgsten Dinge nachgesagt wurden, und der sich jedenfalls viel mit zweideutigem Gesindel abgab. Da fügte es das Schicksal, daß der Prinz im Sommer 1871 lebensgefährlich erkrankte, und das Mitleid mit der Mutter war stärker als die Verurteilung der Lebensweise des Sohns. Vor dem Sturm der Sympathiebezeugungen mit der Königin hielt die republikanische Agitation nicht stand. Ein Teil ihrer Vertreter, darunter Sir Charles Dilke, gaben sie auf, die treugebliebenen, Brodlaugh und Genossen, kultivierten bald wieder mehr den religiösen als den politischen Atheismus.

Seitdem hat auch der Prinz von Wales nach und nach den läblen Ruf, der ihm so lange anhaftete, überlebt — in England wenigstens. Das einzige, was ihm bei einem Teil des Volks schadet, ist, daß man ihm Freundschaft mit Cecil Rhodes nachsagt, der gar manchem als ein moralisches Ungeheuer gilt. Sonst aber ist der Prinz seit Jahren kaum weniger populär als seine Mutter. Und auch er verbannt seine Popularität im wesentlichen seinem politischen und sonstigen Takt. Seine Reden in Kommissionen und Komitees zeichnen sich stets durch ihre Einfachheit und Sachlichkeit aus. Dadurch, daß er sich streng an das hält, was ihm zu erfüllen zukommt, sich aber nirgends vordrängt, giebt er auch nirgends Anstoß. Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß der Thronwechsel irgend welche nennenswerten Veränderungen in der Stellung des englischen Volks zum Monarchismus hervorbringen wird.

Da das Parlament in den meisten Fällen die entscheidende Instanz ist, hat die Demokratie in England selten Anlaß, gegen den Träger der Krone Stellung zu nehmen. Democh sind solche Anlässe nicht ausgeschlossen. In Konflikten zwischen dem Haus der Gemeinen und dem Haus der Lords kam in bestimmten Fällen die Krone ihr Gewicht in die Waagschale legen, und bei einem ersten Angriff auf das Haus der Lords würde sie es wahrscheinlich thun. Aber an einen solchen ist bei der derzeitigen Stimmung des englischen Volks nicht zu denken, zumal die Vollmachten der Lords ziemlich beschränkt sind und von ihnen vorsichtig genug nur in Fragen geltend gemacht werden, hinsichtlich deren entweder im Volk in der That keine unabweisliche Mehrheit besteht oder nur Minderheiten des Volks interessiert sind. Es müßte erst eine tiefgehende Agitation für eine Reformfrage großen Stils vorangegangen sein, bis die Gegnerschaft der radikalen Demokratie gegen das Haus der Lords aus dem Stadium theoretischer Postulate in das eines wirklichen Kampfs mit praktischem Ziel übergeführt werden könnte. Und doch sind Angriffe auf das Haus der Lords heute noch immer zugänglicher als solche auf die Monarchie.

Die vielfach verbreitete Anschauung, daß der Thronwechsel auf den Krieg in Südafrika zurückzuführen wird, hat wenig für sich. Auch wenn es nicht richtig ist, daß der Thronfolger zur Rhodes-Partei steht, wird er schwerlich seine Regierung damit beginnen, der Parlamentsmehrheit entgegen zu handeln. Früher fand bei einem Thronwechsel Parlamentsauflösung und Ausschreibung von Neuwahlen statt. Das hat jetzt aufgehört. Weiläufig auch ein Zeichen, wie sehr im ganzen das Parlament das Fest in der Hand hat und die Krone in die zweite Reihe gerückt ist. Ebenso hat aber auch die Annahme, daß Victoria Gegnerin der Südafrika-Politik von Salisbury-Chamberlain war, wenig für sich. Daß sie aber den Verlauf des Kriegs sich sehr zu Herzen genommen hat und die Sorgen um diesen wunden Punkt der britischen Reichspolitik ihre Lebenskraft untergraben haben, ist wahrscheinlich genug.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Januar.

Reichstag.

Im Reichstag gab es am Freitag eine lang ausgeprägte Polendebatte. Die Polen hatten interpelliert, weil in der Provinz Posen vielfach die Beförderung von Briefen von der Post abgelehnt worden ist, bloß weil sie polnische Adressen trugen. Dieser nicht nur unerhörte, sondern auch ungesetzliche Mißbrauch der Post für nationalistische Zwecke rief mit Recht die entschiedenste

Verurteilung des Hauses hervor; nur die Konservativen und Rationalisten suchten den Fall zu beschönigen.

Mit der frühlichen Unbestimmtheit, die ihn auszeichnete, suchte der polnisch benannte Posthusar, Herr v. P o d b i e l s k i, mildernde Umstände zu erweisen. Die Sache wäre ganz und gar unpolitisch. Die Polen hätten die Reichsbehörden provoziert, weil sie — polnische Adressen schrieben. Man müsse aber — so bestimme das Postgesetz — die Adressen deutlich schreiben. Polnisch fand Herr v. Podbielski unklar; für ihn giebt es offenbar nicht nur tote und lebende, sondern auch undeutliche Sprachen. Der Posthusar stimmte das Haus recht fröhlich.

Von unserer Seite geizelte Genosse Kunert das ganze System der Äntandfen und gewaltthätigen Ausnahmebehandlung der Polen, ein System, in dem die Nichtbeförderung polnisch adressierter Briefe nur ein Eingefall. Der Vicepräsident v. Frege und die Konservativen versuchten wiederholt die Ausführungen zu stören.

In der darauf folgenden Beratung der Pensionsvorlage für die China-Kämpfer versprach der Reichskanzler im Gegensatz zu den kürzlich abgegebenen Erklärungen des Schatzsekretärs und Kriegsministers, noch in dieser Session einen Entwurf einzubringen, durch den die Invaliden aus allen Feldzügen gleich gestellt werden sollen.

Freitag: Reichsamt des Innern. —

Eisenbahn-Sparer und Kohlenverteurer.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Donnerstag die Besprechung der Interpellation über die Eisenbahn-Katastrophe bei Offenbach fort. Die Debatte gestaltete sich wiederum zu einer schweren Anklage gegen das System Thielen-Miquel, das aus Sparmaßregeln notwendigen betriebstechnische Einrichtungen unterläßt. Man kann es verstehen, daß Herr v. Thielen, durch die wohlbegründeten Anträge gereizt, allmählich in einen Zustand höchster Nervosität geraten ist und in seiner Verteidigungsrede einen Ton anschlug, wie ihn schuldberuhigte Angeklagte vor Gericht so häufig anzuschlagen pflegen.

Nachdem zunächst Abg. Racco (natl.), ein Sachmann im Gebiete des Eisenbahnwesens, im einzelnen den Nachweis dafür erbracht hatte, daß die preussische Eisenbahn-Verwaltung auch nicht in einer einzigen technischen Einrichtung auf der Höhe der Zeit steht, sondern stets um Jahrzehnte hinter andere Länder nachhinkt, bestieg Minister v. Thielen die Rednertribüne, um auf die neue Anklage des Abg. Sänger zu erwidern. Herr v. Thielen ist entsetzt darüber, daß man ihm Profitvult und Blusmacherei vorwirft. Angriffe, die, wie er meint, nur in einem Teile der Presse, z. B. dem „Vorwärts“ üblich, wie sie aber in dem Munde eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses unerhört sind. Er sei der Mann, der, wenn er die nötigen Mittel für die Sicherheit des Betriebes vom Finanzminister nicht erlangen könne, sehr wohl den Weg wisse, wie solche Differenzen zwischen dem Reformminister zu beheben seien. Es ist jenen sehr nett, daß Herr v. Thielen seinen Finanzkollegen in Schutz nimmt, er vergißt dabei nur, daß jeder Versuch, Differenzen zwischen ihm und Herrn v. Miquel beizulegen, ihm sicher sein Amt kosten würde. Daß sich Herr v. Thielen weiter dazu verstieg, von „blödsinnigen“ Ausführungen der dem Abg. Sänger nahestehenden Presse zu reden und daß er in dem Tone eines auf die Füße getretenen jungen Lieutenants Herrn Sänger drohend aufforderte, seine Vorwürfe näher zu begründen, beweist, wie sehr die Hiebe gefessen haben. Auf das Haus machte er damit ebenso wenig Eindruck, wie durch das Loblied auf seine Verwaltung, das die Rede beschloß. Selbst die Abgg. Frick (C.), Felisch (L.) und Daub (natl.) mußten, so sehr sie sich auch bemühten, den Minister als Unschuldengel hinzustellen, doch bittere Klage über zahllose Mängel in seiner Verwaltung führen.

Der zweite Gegenstand, mit dem sich das Haus befaßte, betraf die Kohlennot. Der Abg. v. Korn (konf.) hatte an die Regierung das Ersuchen gerichtet, die geeigneten Maßregeln zur Beseitigung der Mißstände bei dem Verschleiß der Kohlenproduktion und der daraus entstehenden sozialen und materiellen Schäden zu ergreifen. Die Debatte konnte sich nicht auf diejenige Höhe erheben, auf der die über die gleiche Frage im Reichstag kürzlich stattgehabte Debatte stand. Fehlt doch im Landtag das belebende Element, die Vertreter derjenigen Partei, die als Anklägerin gegen den Bucher in jeder Form auftritt und den Ursachen der wirtschaftlichen Mißstände auf den Grund geht! Bezeichnend ist es, daß verhältnismäßig am vernünftigsten die Herren von der Rechten sprachen, weil von diesem Bucher nicht sie selbst profitieren. Der Antragsteller erblickt die Ursachen der Kohlennot in dem Arbeitermangel, dem Zwischenhandel, dem Syndikat und der Begünstigung der Ausfuhr; er hält das Syndikat an sich für gerechtfertigt, sofern nur daraus kein Ring wird, der die Preise künstlich in die Höhe treibt, und verlangt Unterstützung von Einlaufs-Genossenschaften durch die fiskalischen Subven. Wie wenig Herr Breseld dem Uebel abzuhelfen geneigt ist, beweist seine Antwort. Buecks Freund ist allerdings bereit, den Genossenschaften entgegenzukommen, aber getreu seinem socialpolitischen Gelübde, das er bei der Uebernahme des Ministeriums abgelegt hat, begeistert er sich für Kohlenlieferungen nach dem Ausland und

schwärmt so sehr für die Syndikate, daß er die Bildung eines solchen auch für Oberösterreich empfiehlt.

Als Raucherer Mann vom reinsten Wasser entpuppte sich Herr Gotthein von der freisinnigen Vereinigung, der die Strohleiste einfach als Angstprodukt der Käufer hinstellte, welche Angst noch durch die Presse zu parteipolitischen Zwecken geschürt sei. Des weiteren legte Herr Gotthein eine Lanze für den Handel ein, warnte vor der Bildung von Syndikaten und erging sich in vielen Ausfällen auf die Arbeiter, die infolge der höheren Löhne an vielen Tagen nicht in die Grube fahren, sondern feiern und so den Arbeitermangel verfechten. Es lohnt sich nicht, auf diese Ergüsse des freisinnigen Redners näher einzugehen.

Die weitere Debatte brachte nichts Wesentliches; sie wird Freitag fortgesetzt. Außerdem zweite Lesung des Etats der Gefängnisverwaltung und die freisinnigen Anträge betreffend andre Einteilung der Wahlkreise und betr. Feuerbestattung. —

Der Bued-Brief.

Die Konservativen und nationalliberalen Blätter haben sich nun in hohler Eintracht zu der Lösung geeinigt, daß der Bued-Brief eigentlich gar nichts Besonderes besage. Die „Köln. Zeitung“ z. B. sagt, der Brief enthalte „nach keiner Hinsicht irgend etwas Unbekanntes oder Außergewöhnliches.“ Keine andre Stellungnahme der Unternehmerrparteien kann uns erfreulicher sein. Es wird zugegeben, daß die Oberhoheit der Kapitalisten-Verbände über der Staatsregierung auf alter Nebung beruhe und im Wesen der heutigen Staatsordnung begründet sei. Die christliche Anerkennung der Selbstverständlichkeit der schändlichsten Zustände seitens der Mehrheit der bürgerlichen Organe wird die aufreizende Wirkung des Bued-Briefs verdoppeln und vervielfachen.

Am weitesten treibt die „National-Zeitung“ die Harmlosigkeitstheorie. „Wenn es“, sagt sie, „in unserm Staatswesen keine schlimmeren Geheimnisse zu verraten giebt, als die in dem Bued'schen Brief enthaltenen, dann können wir zufrieden sein.“ Wir zweifeln nicht, daß die „National-Zeitung“ noch weit böfsere Geheimnisse heutiger Regierungskunst kennt, als diejenigen, die uns ein Ungefähr auslieferte. Es liegt uns fern behaupten zu wollen, daß der Bued-Brief alle Tiefen des bürgerlichen Staatsgeheimnisses erleuchtet habe. Das liberale Blatt darf sicher sein, daß allerdings unsere Enthüllung in Volk den Verdacht noch weit schlimmerer Dinge erregt hat.

Der schon erwähnte, aus amtlichen Quellen stehende Artikel der „Köln. Ztg.“ bewegt sich zudem in den lieblichsten Widersprüchen. Obgleich nichts Außergewöhnliches im Bued-Brief mitgeteilt sein soll, bemüht sich die „Köln. Ztg.“ andererseits doch, die Thatsache und den Sinn des Briefs sowie die von uns gezogenen Schlussfolgerungen zu fälschen. Sie sagt:

„Das Verlangen, daß die Mitglieder der Regierung im Reich und in Preußen keinerlei Fühlung mit den Leitern des Centralverbandes unterhalten sollen, ist zu überflüssig, als daß man es eingehender zu widerlegen brauchte. Der Centralverband hat ebenso wie zahlreiche andre wirtschaftliche Vereinigungen das Recht, seine Stimme überall da zu erheben, wo er glaubt, die Interessen seiner Mitglieder zu fördern oder sie gegen Schädigungen zu bewahren zu können.“

Die „Köln. Ztg.“ unterstellt uns ein Verlangen, das wir niemals erhoben haben. Sie hat es leicht, uns vor ihren Lesern beliebigen Unfug anzudichten, da sie nicht nur jede wort- oder sinngetreue Mitteilung unsrer Ausführungen unterschlägt, sondern auch den Bued-Brief selbst nur in durchaus unvollkommener, geläugter Fassung wiedergeben hat.

Wir möchten der „Köln. Ztg.“ eine weit wirkungsvollere Verteidigung der preussischen Regierung in Vorschlag bringen. Sie möge sich von ihren amtlichen Hintermännern einige Aktenstücke zur Veröffentlichung übergeben lassen, in denen die guten Beziehungen zwischen dem Minister Bredfeld und den Vertrauensmännern der Arbeiterverbände zum Ausdruck kommen. Wir bezweifeln nicht, daß der Regierung zahlreiche Weglaubbungs-schreiben von Vertretern der Arbeiterklasse zur Verfügung sind, in denen — wenn auch nicht persönliche Freundschaftsbeziehungen und Hochzeitszusammenkünfte — so doch wenigstens 1/4-jähriger Gedankenaustausch über die Fragen der Socialpolitik zwischen dem ministeriellen Seher und den Empfängern der Socialpolitik nachgewiesen wird. Nur ein einziges solches Briefchen und wir schießen der „Köln. Ztg.“ schleunigst reuevolle Abbitte ob unsrer ungerechten Angriffe wider die unparteiliche Regierung zu.

Noch eine Kleinigkeit. Eine „bestuntermrichtete“ Seite unternimmt einige Verichtigungen der Bued-Mittelungen. Es soll nicht richtig sein, daß Minister Bredfeld bei der Hochzeit des Bued'schen Schwiegersohns im Bued'schen Hause gewesen sei und daß er mit dem Unterstaatssekretär Rohmann auf „Du“ stehe. Es ist Sache des Herrn Bued, aufzuklären, ob er in seinem Brief irgend eine unrichtige Angabe gemacht hat. Für die Öffentlichkeit ist es höchst wertvoll, daß die „Bestuntermrichteten“ nichts weiter zu berichtigen wissen als völlig nebensächliche Umstände und damit die Wichtigkeit des wesentlichen, das Ministerium Bredfeld schwer belastenden Briefinhalts endgültig bestätigen. —

Freihliche Freiheit.

Wie die Konservativen des preussischen Abgeordnetenhauses das „ganz vernünftige“ Handelskammer-Gesetz — das hat der Bued-Brief urkundlich festgestellt — nur aus dem Grunde abgelehnt haben, weil sie den unlieblichen Minister v. Verlepsch stürzen wollten, so haben sie im Jahre 1899 die Kanalvorlage nur deshalb abgelehnt, weil sie den Entwurf als Erpressungsmittel für höhere Getreidezölle in der Hand behalten wollten.

Diese Junkertaktik — die eine **O b s t r u k t i o n** in brutalster Form und zugleich eine grelle Verhöhnung der Regierung und der Krone darstellte — haben wir seiner Zeit gebührend gekennzeichnet. Natürlich wurde mit stiller Entrüstung stets abgelehnt, daß die Konservativen von andern als bloß sachlichen Motiven geleitet würden, und der Führer der Kanalrebellen und Kanalintriganten, der Infimus Miquels und Präsident der Seehandlung, Herr v. Jeddlich, leugnete es ebenso heftig ab, daß er der Verfasser jener die Niederlage des Königs und der Regierung organisierenden „Post“-Artikel sei. Es ist in aller Erinnerung, daß wir dann durch die Veröffentlichung der Jeddlich'schen Honorarrechnungen in die Schlupfwinkel so hell hineinleuchteten, daß sich der Ertappte nicht mehr zu verbergen vermochte. Der Freund und Vertraute des Finanzministers flog schmählich aus dem Amt.

Inzwischen ist nun das Selbstbewußtsein der Junker so gewachsen, daß sie die damals ängstlich im Dunkel gehüteten Pläne offen bekennen und daß sich Herr v. Jeddlich aus dem nächsten Schatten seiner Coullisenintriganten dreist an den „Tag“ wagt, d. h. an August Scher's „Tag“, der den fleißigen Journalisten sicher nicht mit lumpigen 25 Mark abspen

wird, wie es die „Post“ that. Mit Namensunterschrift veröffentlicht Herr v. Jeddlich, und zwar der Vater, nicht etwa der Sohn, welcher letzterer ohnehin zu den Tageschönheiten zählt, einen Artikel über die Aussichten der Kanalvorlage, in dem er ganz ungeniert das süße Geheimnis der konservativen Rostkäuser preis: Erst den Buderzoll, dann den Kanal. Denn also schreibt Herr v. Jeddlich, der ja nun wieder Präsident der Seehandlung werden könnte:

„Sehr wirksam würden die Aussichten der Kanalvorlage gefördert werden, wenn erst für die Zeit nach 1903 für Landwirtschaft und Industrie Zollschuß nach dem Gutachten des wirtschaftlichen Ausschusses gesichert wäre. Wenn natürlich auch die Meldungen von einem Abkommen zwischen der Regierung und den gemäßigten Agrariern frei erfunden sind, so liegt es doch auf der Hand, daß schutzzönerische Abgeordnete die 1899 so entscheidenden finanziellen Bedenken gegen die Vorlage ungleich leichter überwinden können, wenn die ihrer Ansicht nach notwendigen Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung des heimischen Erwerbslebens auf lange gesichert sind, während zugleich auch die aus der Gebührensicherheit der großen Ströme hergeleiteten agrarischen Bedenken gegen die Wasserstraßenpolitik der Vorlage durch Erhöhung der Zollsätze, wenn auch nicht gehoben, aber doch sehr erheblich abgeschwächt werden... Wenn so die Aussichten der jetzigen wasserwirtschaftlichen Vorlage besser sind als 1899 und sich noch besser gestalten werden, wenn die künftigen Schutzzölle in einer den gemäßigten Schutzzöllnern genügenden Höhe feststehen, so läßt sich doch noch nicht mit Sicherheit beurteilen, ob die günstigeren Momente ansprechen, die schwache Minderheit von 1899 in eine Mehrheit zu verwandeln. Die Regierung selbst kann dazu sehr viel beitragen, wenn sie für baldige Einbringung des neuen Zolltarifs in den Reichstag sorgt.“

Das läßt an unerschämter Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, die Konservativen haben seiner Zeit trotz des unbeugbaren Willens des Königs den „ganz vernünftigen“ Kanalentwurf abgelehnt, nur um höhere Getreidezölle erpressen zu können. Herr v. Miquel könnte die Sache nicht geschickter gemacht haben, wenn er die Kanalopposition geleitet hätte und nicht zufällig als Minister und Kanalfreund diesem Verdacht nicht unterliegen dürfte.

Der Junker aber begnügt sich auch jetzt nicht mit den holden Versprechungen des Grafen Bülow. Er will erst das bare Geld in der Hand haben, ehe er den Kanal bewilligt. Darum haben die Konservativen es bereits durchgesetzt, daß die erste Beratung der Kanalvorlage bis in den Februar verschleppt wird und auf der andern Seite werden sie, wie Schweinburg ankündigt, alsbald im preussischen Abgeordnetenhause in einer Resolution einen **Beschluß zu Gunsten höherer Getreidezölle und einer schleunigen Vorlegung des neuen Zolltarifs** protokollieren. Führt wahr, niemals ist ein frecheres Spiel mit der Autorität der Regierung und der höchsten Regierungsgewalt getrieben worden als von diesen königstreuen Junkern! —

Deutsches Reich.

Anfang. Das Organ des ehemaligen Ministers v. Verlepsch und des socialpolitischen Goethe-Bundes, die „Social Praxis“, bemerkt zu unsrer Veröffentlichung des Bued-Briefs:

Wir verurteilen im Verein mit allen anspruchsvollen Lesern diese Veröffentlichung vertraulicher Privatbriefe, die sicher nicht auf redlichem Wege in den Besitz des „Vorwärts“ gekommen, auf schärfste, können uns aber der Wiedergabe solcher Aktenstücke, die zweifellos die politische Diskussion beschäftigen, ebensowenig wie die andern Zeitungen der nichtsocialistischen Parteien entziehen.“

Wie der Goethe-Bund gemeinsam mit der Polizei über die guten Sitten in der Kunst wacht, so die bürgerliche Socialreform im innigen Umarmen mit der Schatzkammer der den Anstand in der Politik. Es kennzeichnet diese Art der Socialreformer, den politischen Kräfte zu spielen in dem Augenblick, da wir Vorgänge enthüllen, die für jedermann, dem die sociale Reform mehr ist als eine glänzende Gelegenheit, persönliche Eitelkeiten zu befriedigen, von höchster Bedeutung sind.

Das Anstimmeln, als ob der Bued-Brief nicht auf redlichem Wege in unsern Besitz gelangt sei, bedeutet eine Unanständigkeit, die um so niedriger ist, als sie von Leuten ausgeht, die sich als Anstandshüter auszuweisen belibien. —

Gräßliche Mißhandlungen von Marinemannschaften durch Marine-Unteroffiziere fanden am 22. Januar durch das Kriegsgericht der 1. Marine-Inspection in Kiel ihre Sühne. Die Bootmanns-Maate Jilhardt, Drews und Bergien hatten, als die „Gneisenau“ vor Malaga lag, wiederholt verschiedene Schiffsjungen, die sich gestürzt hatten, ihre Pfeife zu rauchen, in schier unglücklicher Weise mißhandelt, indem sie aus Kabelgarn, Berg und andern brennbaren Stoffen einen Wulst zusammendrehten und diesen stromend den Jungen in den Mund steckten. Die armen Opfer wurden dann durch Schläge dazu gezwungen, so lange zu rauchen, bis sie sich Mund und Nase verbrannten. Außerdem hatte Drews den Schiffsjungen Wendi fortwährend mit Schlägen traktiert und ihm den Rat gegeben, er solle lieber über Bord springen, denn ihm würde noch gehörig zugeführt werden und Jilhardt presste demselben Jungen einen aus unappetitlichen Luthaten zusammendrehten großen Brien gewaltsam in den Mund. Das Kriegsgericht verurteilte Drews zu 1 Jahr 3 Monaten, Jilhardt zu 9 Monaten und Bergien zu 5 Monaten Gefängnis. Gegen Drews, der schon zweimal wegen Mißhandlung verurteilt war, wurde außerdem auf Degradation erkannt; auch wurde er sofort verhaftet.

Unser Erachten wäre es angezeigt gewesen, auch auf die beiden andern Unteroffiziere, die sich an einem so barbarischen Akt der Brutalität beteiligt hatten, zum besseren Schutz der Mannschaften auf Degradation oder besser noch Ausschussung aus der Marine zu erkennen. Daß Strafen vor Wiederholung derartiger Mißhandlungen nicht unbedingt schützen, beweist ja die Mißfälligkeit des Drews. —

Zwei kriegsgerichtliche Urteile, die auf die militärische Rechtsprechung insofern ein bezeichnendes Licht werfen, als sie darthun, wie gelinde die Verfehlungen vorgefesselt und wie strenge diejenigen Untergebener geahndet werden, haben dieser Tage in Verurteilung infolge einer bemerkenswerten Korrektur erfahren. Durch Urteil des Kriegsgerichts des XV. Armee-corps in Straßburg war — wie uns von dort geschrieben wird — der Unteroffizier Fischer von der 2. Batterie reitender Abteilung Feldartillerie-Regiments Nr. 15 wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit zehn Tagen gelinden Arrestes bestraft worden. Der Kommandeur der 30. Division legte gegen dieses Urteil, da ihm die Strafe zu gering erschien, Verurteilung ein, worauf Fischer in der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts zu mittlerem Arrest von gleicher Dauer verurteilt wurde.

In derselben Sitzung kam eine Verurteilung gegen den Musikleiter Peters vom Infanterie-Regiment Nr. 99 in Zabern zur Verhandlung. Peters hatte einem andern Musiker, der sich als Stenodäktiker in der Funktion eines Vorgesetzten befand, Kaffee in das Gesicht gespritzt, als dieser eines dem Peters gehörige Kaffeekanne von dem Dien herunterwarf. Da diese Handlung nach den militärischen Strafgesetzen als ein tätlicher Angriff gegen einen Vorgesetzten aufzufassen war, so wurde der Angeklagte in erster Instanz zu acht Monaten Gefängnis (1) verurteilt. Auf die

von ihm eingelegte Verurteilung ermäßigte das Ober-Kriegsgericht die Strafe auf das nach Lage der Sache niedrigste Strafmaß von sechs Monaten Gefängnis. —

Keinen Sinn für Feierlichkeit hat der Herzog von Anhalt, der in diesem Jahre seinen 70. Geburtstag feiert. Er hat an seine „getreuen Landeslinder“ einen Erlaß gerichtet, in dem er sich gegen alle festlichen Veranstaltungen aus Anlaß seines Geburtstags wendet. Manche Leute werden dies Verfahren für sehr altmodisch erklären. —

Die Verfassungsfrage in Württemberg. In der Abgeordneten-kammer kündigte der Ministerpräsident Freiherr Schott von Schottenstein eine Vorlage an, aus der hervorgehe, wie hoch auch der König die Verdienste seines Vorgängers Pittnaght schätze. Ferner erklärt der Ministerpräsident in Bezug auf die Verfassungsfrage, die Regierung habe geglaubt, ihr eigenes Ansehen und das des Hauses zu gefährden, wenn ohne begründete Aussicht auf Erfolg eine Vorlage zum drittenmale eingebracht würde.

Aus Thüringen schreibt man uns: In Jena, der Metropole des 8. weinartigen Reichstags-Wahlkreises, von dem bekanntlich Herr Pfarrer Friedrich Naumann hofft, daß er ihm zu einem Reichstagsmandat verhilft, ist Mitte dieses Monats eine Blattgründung vollzogen worden, von der man geneigt ist, sie mit der national-socialen Sache in Verbindung zu bringen. „Thüringer Rundschau“ nennt sich das Blatt, partei-politisch-Sozialdemokratisch zur Förderung unzer (1) öffentlichen Interessen. Da die National-socialen mit der Gründung ausgesprochen national-socialer Tageszeitungen wenig Glück hatten, wäre es schon möglich, daß sie es mit der Lokal- und General-Anzeiger-Unparteilichkeit verjuchten.

Der Fall Wiemer wird von den „Berliner Polit. Nachrichten“ des Herrn Schweinburg wieder in der bekannten unwahrscheinlichen Weise behandelt, die uns die Polemik mit dieser den Verurteilenden Sorte Journalisten immer zu einer so peinlichen Arbeit macht. Da wird behauptet, wir, die wir uns über die Handlungsweise des Herrn v. Endell so stark entrüstet hätten, erklärten alles, was „Genossen“ thun, für erlaubt und hätten auch die Handlungsweise Wiemers für völlig gerechtfertigt erklärt. In Wirklichkeit haben wir nichts weiter gethan, wie den Sachverhalt im Falle Wiemer dargestellt und darauf verwiesen, daß, wenn in der Handlungsweise des Herrn von Endell nichts Strafbares gefunden wurde, die Bestrafung Wiemers um so auffälliger ist, da sein Fall offenbar noch günstiger liegt, wie der Endell's. Gegen ihn ist es merkwürdig, daß Blätter, die Endell's Handlungsweise mit großem Eifer für unantastbar erklärten, dies bei Wiemer nicht auch thun. Daß v. Endell straflos ausging und Wiemer bestraft wurde, ist doch nicht der letzte Beweis, Frau Justitia hat sich schon zu Gunsten und auch zu Ungunsten von Angeklagten getrennt.

Der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen ist auf den 1. Februar zu seiner diesjährigen Frühjahrssession einberufen worden. In derselben wird er u. a. zu den Gesetzesvorlagen betreffend den Landesauschuss zu den Kosten des Wiederbaus der Kaiserin Elisabeth-Burg zu befinden haben. Auch die Gesetzesvorlage über die Elsaßische Steuerreform (Einführung einer Kapital- sowie einer Lohn- und Besoldungssteuer) werden das reichsländische Parlament beschäftigen. —

Das statistische Amt des Deutschen Reichs

Ist mit seinen Arbeiten zur Zeit außerordentlich im Rückstande. So ist zum Beispiel die Bearbeitung der Kriminalstatistik noch nicht einmal für das Jahr 1897 erledigt; obwohl die Tabellen dazu schon seit 1899 vorliegen, stehen die Erläuterungen derselben noch immer aus und es ist noch gar nicht abzusehen, wann sie erscheinen werden. Von der Kriminalstatistik für 1898 sind auch noch nicht einmal die ausführlichen Tabellen fertig, zu denen die Hauptzahlen in vorläufiger Mitteilung schon seit November 1899 veröffentlicht sind und so sind auch für 1899 die vorläufigen Mitteilungen schon seit November vorigen Jahres veröffentlicht. Das Material zu den Arbeiten liegt also lange genug vor; es fehlt aber dem statistischen Amt offenbar an den nötigen Arbeitskräften, es zu bewältigen. Augenblicklich hat es gewiß reichlich Arbeit mit der Bewältigung der Volkszählungsergebnisse, aber die Arbeiten zur Kriminalstatistik für 1897 und sogar für 1898 hätten längst erledigt sein müssen, ehe die Volkszählung begann. Derartige Untersuchungen verlieren natürlich einen großen Teil ihres Werts, namentlich wie hier bei jährlich wiederkehrenden, wenn sie erst nach vier oder noch mehr Jahren vollständig veröffentlicht werden. Ist für diese Zwecke kein Geld vorhanden?

Ausland.

Niederlande.

Augenoperation des Präsidenten Krüger. Aus Utrecht wird vom 24. d. Mts. gemeldet: Professor Stuelten und Dr. Heymans haben heute gegen mittag die angeländigte Augenoperation beim Präsidenten Krüger vollzogen. —

Dänemark.

Zum Verkauf der westindischen Inseln. Im Folkething teilte bei der Beratung des Budgets am Donnerstag der Berichterstatter der Finanzkommission Christoffer Hoge mit, daß die Mehrheit dieser Kommission geneigt sei, die dänischen westindischen Inseln an Amerika zu verkaufen, falls befriedigende Verkaufsbedingungen zu erreichen sind. Es sei ein rein ökonomischer Grund rathsam, die Inseln zu verkaufen, weil ihr Besitz mit unverhältnismäßig großen Kosten für die Staatskasse verknüpft sei. —

Die Wahlen zum Folkething finden Ende März resp. Anfang April statt. Vor den letzten Wahlen, im Jahre 1898, wurden zwischen der socialdemokratischen Partei und den Radikalen (Linken-Reformpartei) gewisse Abmachungen getroffen, um die Stellung dieser beiden Parteien gegenüber den Konservativen und Moderierten zu regeln. Man einigte sich dahin, daß die Socialdemokratie in 22 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen sollte, die von den Radikalen unterstützt wurden; in einem Kreise stellte jede dieser beiden Parteien ihren Kandidaten auf und in den übrigen sollte die Socialdemokratie die Kandidaten der Radikalen unterstützen. Dieses Vorgehen wird durch die eigentümlichen Parteiverhältnisse Dänemarks erklärt. Auch in diesem Jahre soll in ähnlicher Weise vorgegangen werden. In einer Sitzung des Hauptvorstands der socialdemokratischen Partei, die vor einigen Tagen stattfand, wurde folgendes beschlossen:

Bei der Aufstellung von Kandidaten zu der bevorstehenden Folkething's-Wahl will die Socialdemokratie, gerade so wie bei den früheren Wahlen, sich von der Rücksicht leiten lassen, daß den Konservativen und Moderierten keine Gelegenheit gegeben wird, die Radikalen aus den Kreisen zu verdrängen, die diese bisher vertreten haben. Des weiteren will die Socialdemokratie die Konservativen und Moderierten aus so vielen Kreisen wie möglich zu verdrängen suchen und in dieser Absicht mit der radikalen Partei zusammenwirken, in der Voraussetzung, daß bei der Aufstellung von Kandidaten in solchen Kreisen die nötige Rücksicht auf das Wachstum und die vermehrte Wählerzahl der Socialdemokratie genommen wird und die radikale Partei gleichzeitig dazu beitragen will, daß die Wahl von Konservativen und Moderierten in den Kreisen, die bisher von Socialdemokraten vertreten wurden, verhindert wird. —

England.

Der Thronwechsel. Die beiden Häuser des Parlaments leisteten am Mittwoch Edward VII. den Treueid. Am Freitag werden Anträge beraten werden, dem König das Beisitz der beiden Häuser des Parlaments beim Hinscheiden seiner Mutter und deren Gläubwünsche zu seiner Thronbesteigung auszusprechen.

Bei seiner Vereidigung im Geheimen Rat hielt Eduard VII. folgende Aussprache:

„Niemand werde ich unter schmerzlicheren Umständen eine Ansprache an Sie zu richten haben. Ich habe zunächst die traurige Pflicht zu erfüllen, Ihnen den Tod meiner geliebten Mutter, der Königin, mitzutheilen. Ich weiß, welchen tiefen Anteil Sie, die ganze Nation, ja, ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage, die ganze Welt, an diesem meinem unerlebbaren Verlust, nehmen, der uns alle trifft. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß ich mich stets bemühen werde, Ihren Fußstapfen zu folgen. Indem ich jetzt die mir zufallende schwere Aufgabe übernehme, bin ich fest entschlossen, ein konstitutioneller Herrscher im strengsten Sinne des Wortes zu sein und bis zum letzten Atemzuge für das Wohl und die Fortentwicklung meines Volks zu wirken. Ich habe beschlossen, den Namen Eduard anzunehmen, welcher bereits von sechs meiner Vorgänger getragen wurde. Hierbei unterwerfe ich mich dem Namen Albert, den ich von meinem stets betrauten, großen und weisen Vater geerbt habe, der, wie ich glaube, mit allgemeiner Zustimmung unter dem Namen „Albert der Gute“ bekannt ist und dessen Name, wie ich wünsche, allein bestehen soll. Zum Schluss gebe ich dem Vertrauen Ausdruck, daß mich das Parlament und die Nation bei der Erfüllung der mir als Thronerben zufallenden schweren Pflichten unterstützen werden, der ich mit ganzer Kraft den Rest meines Lebens widmen will.“

Frankreich.

Der frühere Kriegsminister General Galliffet hat an den „Gaulois“ einen Brief gerichtet, in welchem er den gemäßigteren Generalen der Bourgeoisie als einen der beständigsten und pflichteifrigsten Generale der französischen Armee rühmt. Galliffet erzählt sodann, er habe Gesinnung, als er von den gegen denselben eingeleiteten Untersuchungen hörte, seine Zeugenaussage angeboten. Galliffet habe dieselbe abgelehnt mit der Erklärung, er werde sein Schicksal mit der Ergebung eines Christen tragen.

Ein Mönch gegen die Kongregationen. Die nationalistiche und antimönchliche Presse richtet heftige Angriffe gegen einen Prediger, den Vater Vincent Mammus, der es trotz der strengen Befehle aus Rom gewagt hat, eine Flugschrift gegen die Kongregationen zu richten. In der Flugschrift, die sich „Die praktische Politik zur gegenwärtigen Stunde“ betitelt, heißt es:

„Unsere Zeit häumt sich schon bei dem Aussprechen des Wortes Mönchthum wütend auf, sie duldet nicht die Einmischung des Priesters in die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Verzeihen wir für alle Zeiten auf Dinge, die außerhalb unsrer Bereiche liegen. Zweifelslos müssen wir unsre Bürgerrechte ausüben und eifrig dafür kämpfen, aber das ist doch von dem Begehren eines mächtigen Einflusses auf die politischen Angelegenheiten des Landes weit entfernt.“

Der Vater wünscht, daß seine geistlichen Brüder ihre Vorurteile ablegen und ohne jeden Hintergedanken die Menschenrechte anerkennen möchten. Er beklagt heftig die Fanatiker, die in der Erklärung der Menschenrechte eine Verwirrung der göttlichen Rechte erblicken wollen.

Doch die niedere Geistlichkeit zum großen Teil von den Herrschergehilfen der alle Zeit mit den privilegierten Schichten pallierenden Kirche nichts wissen will, hat die französische Revolution klar genug bewiesen. Wahrscheinlich steht es auch heute nicht anders.

Rußland.

Bekämpfung der Pest. Der „Regierungsboten“ veröffentlicht Berichte, welche der Kommission zur Verhütung und zum Kampfe mit der Pestepidemie vom Prinzen von Oldenburg aus den verpesteten Gegenden zugegangen sind. Danach waren im Dorfe Wladimirovka, im Bezirke Jaroslavl des Gouvernements Astrachan bis zum 12. d. Mts. 25 Personen erkrankt, von denen 16 gestorben und 3 gesund geworden sind, während die übrigen 7 Hoffnungen auf Genesung gewöhren. Seitdem sind keine neue Erkrankungen in der genannten Ortschaft vorgekommen, so daß die Epidemie daselbst als erloschen erklärt worden ist. In drei Orten nahe Talowka im Gouvernement Samara waren vom 23. Dezember bis zum 10. Januar 61 Krankheitsfälle vorgekommen, von welchen 44 tödlich verliefen. Der Prinz von Oldenburg ließ sofort nach seiner am 18. Januar erfolgten Ankunft in Alexandrow-Soj strenge Vorsichtsmaßnahmen anwenden, wobei auch die Bevölkerung sich eifrig beteiligte. Trotzdem kamen am 20. Januar noch drei neue Fälle vor, welche alle einen tödlichen Ausgang hatten. Inzwischen hatte der Prinz sich nach Karakaga und von dort in die kirgisische Steppe, an die Mündungen der Wolga und an die Nordküste des Kaspiischen Meeres begeben, um sich persönlich von der Ausführung der dort angeordneten Vorsichtsmaßnahmen zu überzeugen. Seit dem 17. Januar war dort kein neuer Pestfall vorgekommen.

Unterdrückung der Studentenunruhen. Nach dem Bericht des „Regierungsboten“ sind über die Studenten, die sich an den früher gemeldeten Unruhen, namentlich in Kiew, beteiligt haben, folgende Strafen verhängt worden:

Der Untersuchungsminister hat verfügt, daß unter Anwendung des Gesetzes vom 20. Juli 1899 zwei der Hauptschuldigen auf drei Jahre und fünf auf zwei Jahre zum Militärdienst eingezogen sind. Von den übrigen an den Unruhen Beteiligten haben 176 ein Jahr der Militärpflicht zu genügen, während 209 einen strengen Beweiszweck erhalten und für die Dauer ihres Universitätsstudiums der mit ihrem Stande verbundenen Vorteile verlustig erklärt wurden.

Der Boeren-Krieg.

Die englische Kriegsführung

soll dem Kriegssamt arge Schmerzen bereiten. Trotzdem man in England das Ausstreuen der Pest gefürchtet verheimlicht, um die Abneigung gegen den südafrikanischen Kriegsdienst nicht noch zu vermehren, sei die Zahl der sich Meldenden eine bei weitem nicht ausreichende. Nicht einmal für die gut bezahlte Volkstruppe unter Baden-Powell wollen sich Leute melden. 12 000 Mann mindestens soll diese Truppe stark werden — und nach drei Monaten eifriger Werbung sind bis heute etwa 7000 Mann zusammengebracht worden. Viel schlimmer noch sieht es aus das Zusammenbringen der 20 000 Mann Beomanry, deren Abwendung nach dem Kriegsschauplatz man beschloß hatte. Nach den schweren englischen Niederlagen im Anfang des Krieges hatten sich auf den an das Volk gerichteten Ruf hin zahlreiche Beoman gemeldet, jetzt aber seien erst wenige hundert zusammengetrommelt worden.

Auch Australien habe von den versprochenen 4000 Mann erst 800 geschickt. Aus Indien komme die Bitte um Geld, damit nur die 15 000 Mann, deren Dienstzeit abgelaufen sei, noch länger zurückgehalten werden könnten, und aus Ägypten sei ebenfalls die Antwort eingelaufen, daß man sich schon aufs äußerste von Truppen entblößt habe.

Aus Malta sind dieser Tage drei Kavallerie-Regimenter abgegangen, drei weitere folgen demnächst. Das mache aber zusammen nicht mehr als 4000 Mann. England sei damit am Ende seiner Wehrkraft zu Lande angelangt. Großbritannien habe keine verfügbaren Truppen mehr.

Die neueste Verlustliste

des Kriegssamts verzeichnet einen Toten, sieben Verwundete und elf an Krankheiten Verstorbene. Die Verlustliste dürfte sehr unvollständig sein.

Gärung unter den Volkstruppen.

Aus Matjesfontein wird berichtet: Zwei Mitglieder der Southlander berittener Polizei sind wegen Verrats vom hiesigen Militärgericht zum Tode verurteilt worden. Beide sind überführt und geständig, den Boeren Mitteilungen über die Bewegungen der englischen Truppen gemacht zu haben.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission behandelte auch in ihrer Donnerstag-Sitzung wieder den Reichs-Eisenbahn-Gesetz. Die dreistündige Debatte war ziemlich bedeutungslos. In aller Breite wurde eine budgetrechtliche Frage behandelt: Die Reichs-Eisenbahnverwaltung läßt sich zweite, dritte und vierte Raten bewilligen, bevor die ersten Raten verbraucht sind. Von verschiedenen Seiten wurde die Ungünstigkeit dieses Vorgehens betont. Die eisenbahnrechtlichen Abgeordneten regten an, auf den Reichs-Eisenbahnen die vierte Klasse einzuführen. Der Vorschlag stieß auf vielfachen Widerspruch. Singer meinte, die Eissäfer könnten dem Staat schon bessere Geschenke aus Berlin mitbringen, als die vierte Wagenklasse. Besser sei es, auf eine Verbilligung der Fahrpreise für die dritte Wagenklasse zu dringen. Angesichts der günstigen Aufnahme, die der Vorschlag fand, zogen die eisenbahnrechtlichen Abgeordneten schließlich ihren Antrag zurück. Morgen hofft die Kommission die Beratung des Reichs-Eisenbahngesetzes zu Ende zu bringen.

In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wurde die Wahl des Abg. Graßmann, national-liberalen Vertreters für 4. Marienwerder (Thorn-Kulm), beanstandet und abermalige Beweiserghebung über in Protesten behauptete Unregelmäßigkeiten beschlossen.

In der Justizkommission des Reichstags wurde die Beratung der Anträge Hintelen, Rindel-Benzmann und v. Salich betr. Änderungen der Strafprozess-Ordnung fortgesetzt und die erste Lesung beendet. Eine ganze Anzahl von Paragraphen wurde nach den vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Ebenso wurden die Anträge auf Abänderung der Zivilprozess-Ordnung und des Strafgesetzbuchs, sowie die Uebergangsbestimmungen in erster Lesung von der Mehrheit der Kommission gutgeheißen. Der Beginn der zweiten Beratung wurde auf den 30. Januar angelegt.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Elberfeld starb der Parteigenosse Peter Hättenberger im Alter von 68 Jahren. Der Verstorbene war fast ein Menschenalter hindurch in untrer Partei thätig. Als Deutscher wurde er 1870 aus Paris ausgewiesen, worauf er sich nach Elberfeld wandte und hier sofort thätig in das Parteileben eintrat. Zuerst Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, schloß er sich später der Eisenach-Richtung an. Seine Parteithätigkeit brachte ihm mehreremale Gefängnisstrafe ein. Hättenberger gehörte auch zu denjenigen Genossen, die bei der Inszenierung des großen Elberfelder Geheimbundesprozesses in Untersuchungshaft genommen wurden, in welcher er 11 Wochen lang verbrachte. Im Prozess wurde er dann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Unter dem Ausnahmegesetz war er eifrig thätig auf allen Arbeitsgebieten der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen teilweiser Zeugnisverweigerung** in einem Ermittlungsverfahren wurde dem Genossen Thielhorn in Hannover, Redacteur des „Volkswillens“, von dem die Untersuchung führenden Richter eine Geldstrafe von 100 M. auferlegt. Es handelt sich um die bekannte Veröffentlichung zweier Geheimverträge gelegentlich der Anwesenheit des Kaiserpaars in Hildesheim. Wegen Verdachts, diese Geheimverträge aus der Korderschen Druckerie in Hildesheim entwendet zu haben, ist gegen einen Buchdrucker in Hildesheim ein Strafverfahren eingeleitet. Thielhorn, dem die Schriftstücke in seiner Eigenschaft als Redacteur von Hildesheim aus zugehört wurden, wurde als Zeuge vernommen. Die Verurteilung erfolgte, weil er sich weigerte, auch über eventuelle Vermutungen (s.), wer der Abfänger des Briefs sein könne, auszusagen. Natürlich wird sofort Einspruch gegen die Bestrafung erhoben.

— **Das Polizeipräsidium von Breslau** fühlte sich beleidigt durch die Charakterisierung seines Verhaltens gegenüber dem Arbeitersekretariat und anderer Arbeitervereinigungen seitens der Genossen Kaul und Reulisch. Das Gericht verurteilte Kaul zu 10 M. Geldstrafe und Reulisch zu 1 Monat Gefängnis. Reulisch hatte einen Ausdruck angewandt, der in der Bibel gern auf die frommen Blüthen angewandt wird, während Kaul gewissermaßen das Gegenteil davon gesagt hatte. Eine Aeußerung hob die andre auf, aber beide wurden sie als beleidigend angesehen.

— „Das religiöse Gefühl verschiedener Einwohner“ sollen einige Parteigenossen in Sprottau (Schlesien) dadurch verletzt haben, daß sie die Broschüre Göddes „Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde“ verteilt haben. Sie wurden dafür mit einem Strafmandat über je 3 M. bedacht. Während zwei ihre Strafe bezahlten, rief eine gerichtliche Entscheidung an und veranlaßte dadurch den Staatsanwalt, sogar eine Strafe von 20 M. zu fordern. Der Gerichtshof fand jedoch in der Handlung des Angeklagten gar nichts Strafbares und sprach ihn frei.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, 24. Januar 1901, nachmittags 5 Uhr.

Den Vorsitz führt heute wieder der Vorsitzende Dr. Langerhans. Derselbe teilt mit, daß er aus Anlaß des Hinscheidens der Königin Victoria von England ein Beileidstelegramm an den Kaiser, die Kaiserin Friedrich und den Lordmayor von London in Gemeinschaft mit dem Magistrat abgesandt hat, und rühmt in der anschließenden kurzen Rechtfertigung seines Schrittes besonders die Verfassungstreue der englischen Königin. Die Versammlung hörte die Worte des Vorsitzenden stehend an.

Die Vorbereitung der Neuwahl des zweiten Bürgermeisters ist einem Ausschusse übertragen, der sich vor der Sitzung konstituiert hat. Die socialdemokratische Fraktion ist u. a. durch Singer vertreten.

Auch der Ausschuss für die Vorlage betr. die Uebernahme des Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinderkrankenhaus in die städtische Verwaltung ist gewählt; ihm gehören auch Stadtv. Sturm und Freudenberg an.

Die Stadtv. Singer und Genossen haben den Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über Maßregeln zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit in Berlin zu beraten.

Die Begründung übernimmt

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soz.): Die Kindersterblichkeit ist in den einzelnen Stadtbezirken sehr verschieden, je nachdem sie von Wohlhabenden oder Proletariern bewohnt sind. Im Jahre 1894 kamen 148 Sterbefälle im Westen, auf dem Wedding dagegen 293 pro Wisse, also nahezu das Doppelte, vor. Schon vor der Geburt sind Ursachen vorhanden, welche die Lebenskraft und Fähigkeit des Neugeborenen zu beeinflussen, daß es sehr bald erliegt. Welcher Art und Hilfslosigkeit sind die zahlreichen Frauen und Mädchen, die lediglich auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, in dem Moment verfallen, wo eine Schwangerschaft eintritt! Gesellschaft, Staat und Gemeinde haben für diese Frauen bisher nichts oder so gut wie nichts gethan. Zwei kleine private Unterfunkstalten sind da, welche im Jahre vielleicht 100 Säuwangere aufnehmen; eine weitere kleine Anzahl kommen als Hauschwangere in die Universitäts-Entbindungsanstalten; der Rest mag sehen, wo er bleibt, er kommt eben ins Asyl. 160 Säuwangere wurden 1896 vom Asyl zur Entbindungsanstalt transportiert. 13 Säuwangere kamen im Asyl selbst nieder. Vergewaltigen Sie sich, was das heißt! Eine zweite Ursache liegt in der Art der Ernährung. Nach den Erregungscharakteren der modernen Technik ist für die Wohlhabenden die künstliche Ernährung keineswegs minderwertiger als die Ernährung an der Mutterbrust.

Im die proletarischen Kreise stellt aber eine solche künstliche Ernährung in Bezug auf Zeit, Geld und hygienisches Wissen unerfüllbare Anforderungen. 1896 betrug das Verhältnis der Todesfälle bei künstlicher Ernährung in dem wohlhabenden Westen 5,66, in den Arbeiterbezirken 32,89 pro Wisse oder fast das Sechsfache.

(In dieser Stelle unterbricht der Redner seinen Vortrag, damit die auf 8 Uhr angelegte Wahl eines Stadtschulrats [an Stelle von Vertam] vorgenommen werden kann. Stadtv. Gerstenberg erhält 79, Schulinspektor Woid 45 Stimmen, 1 Stimmzettel ist unbeschrieben. Realgymnasialdirektor Gerstenberg ist mit einem Gehalt von 12 000 M. gewählt.)

Stadtv. Dr. Freudenberg (fortfahrend): Der Wert einer gemischten Deputation könnte nun zweifelhaft erscheinen, denn Stadtrat Straßmann hat diese Verhältnisse als eine Thatsache hingestellt, die absolut nicht zu beseitigen sei. Wir als unverbessliche Optimisten sind der festen Ueberzeugung, daß die Gemeinde bei gutem Willen die Mittel finden wird, die Kindersterblichkeit zu beschränken. Als Programm möchte ich zunächst die Errichtung von Heim- oder Unterfunkstalten für jene Schwangeren empfehlen, denen der Fortschritt der Schwangerschaft den Erwerb entzogen hat. Was die Verhältnisse nach der Geburt der Kinder betrifft, so lehrt die Statistik, daß die proletarischen Mütter ihre Kinder in viel größerer Zahl selber stillen, als man glaubt. Aber die Mütter, die in Fabriken ihren Erwerb suchen müssen, haben nicht die Möglichkeit, ihre Kinder zu stillen; die Möglichkeit könnte geboten werden durch Errichtung von Wöchnerinnenheimen, in denen Mütter und Kinder gleichzeitig Aufnahme finden. Ein kleines Institut dieser Art existiert in Gräbichen bei Breslau. Die Verpflegung kostete 1899 53 1/2 Pf. pro Kopf und Tag. Rechnen wir 3000 Verpflegung auf eine Heimsätte, so würden die laufenden Kosten pro Jahr 144 000 M. betragen, eine Summe, die eine Stadt wie Berlin wohl aufbringen kann. Allerdings ist ein ähnlicher Versuch, den die Stadt mit der Wöchnerinnenheimstätte in Blankenfelde gemacht hat, gescheitert, da im ersten Jahre nur 31 und im zweiten nur 28 Wöchnerinnen Aufnahme nachsuchten. Der Grund dieser Erscheinung war aber nicht die Unabkömmlichkeit der verheirateten und die Abneigung der unverheirateten Mütter gegen diese Anstalt, sondern die Kostenfrage. Wie wohlthätig schon ein kurzer Aufenthalt in der Gräbichener Anstalt ist, zeigt die Mortalitätsziffer, die am Ende des ersten Lebensjahres nur 13 Proz. aufwies. In den ersten 4—8 Wochen ist die Kindersterblichkeit besonders groß, doppelt groß bei den Kindern unverheirateter Mütter. In den ersten Wochen kann auch die Mütter heranziehen. Ein Beispiel dafür, wie nach den ersten sechs Wochen für die Mütter gesorgt werden kann, zeigt die von der Arbeitergesellschaft für mechanische Weber in Linden vor Hannover errichtete Krippe, wo die Mütter in der Arbeitspause ihre Kinder stillen. Solche Krippen sollte auch Berlin errichten. Für die Mütter, die ihre Kinder nicht stillen können, hat die Gemeinde Berlin so gut wie nichts gethan. Der Pariser Gemeinderat hat für Krippen 138 950 Fr. ausgeworfen. Berlin sollte Musteranstalten errichten. Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mütter müßte die Instruktion für die Armenkommissionen geändert werden, die vorschreibt, daß die Mütter e in Kind selbst durchzubringen haben. Das ist unbillig. Auch die Waisenpflege wird zu reformieren sein. Eine besondere Aufmerksamkeit wird die Gemeinde der Milchversorgung zuzuwenden haben. Viel leicht könnten Soglet-Apparate zu billigen Abzahlungspreisen an Unbemittelte abgegeben werden. Endlich empfiehlt es sich, die Mütter über die medizinischen Grundzüge einer zweckmäßigen Säuglingsernährung durch populäre Schriften zu belehren, die bei der Meldung der Geburt auf dem Standesamt den Eltern mitgegeben werden könnten. In allen diesen Fragen ist ein Eingriff der städtischen Verwaltung notwendig. Ich bitte Sie, unsren Antrag anzunehmen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtrat Straßmann: Die Kalamität ist keine spezifisch Berlinische, sondern eine allgemeine. Angeborene Schwäche, Lebensunfähigkeit, erbliche Belastung (auch mit Syphilis), Mindergewicht, Unterernährung, Untertemperatur, das sind die Faktoren, mit denen die Waisenverwaltung zu rechnen hat; viele Säuglinge kommen schon sterbend hin. In der Charité war freilich die Sterblichkeitsziffer noch viel unglücklicher. Neuerdings ist auch auf das Moment der schlechten Wohnungsverhältnisse hingewiesen. Allen diesen Mängeln ist von der Kommune gar nicht oder nur sehr schwierig beizukommen. Schaffen wir Unterfunkstalten für Schwangere von Stadt wegen, so würden diese „Damen“ in Massen nach Berlin kommen, um dort entbunden zu werden. Das Wöchnerinnenheim in Blankenfelde hatte auch deshalb wenig Juleps, weil die Frauen für die Zeit ihres Aufenthalts eine Stellvertreterin im Haushalt verlangten; auf solche Bedingungen kann die Verwaltung sich nicht so ohne weiteres einlassen. Die Waisenverwaltung hat gethan, was sie irgend konnte; ich kann nicht recht einsehen, welche Vorschläge, die nicht gleich auf die vollständige Umwälzung der Ernährung der Eltern wie der Kinder, auf die Umgestaltung der Wohnungsverhältnisse hinauslaufen, und eine gemischte Deputation noch machen könnte, und ich bitte, davon abzusehen.

Stadtv. Kallisch: Ich kann mich diesem ablehnenden Standpunkt nicht anschließen. Wird in der Deputation die Frage praktisch erwogen, so wird gerade durch kommunales Einschreiten ein erheblicher Fortschritt gemacht werden. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Stadtv. Friedemann (R. L.): Das Hindernis, das der Stadtrat ansieht, steht der Hebung aller sozialen Mängel entgegen. So schlanweg ablehnen können wir die Anregung nicht. Gemischte Deputationen sind sonst nicht mein Fall, weil wir beim Magistrat damit schlechte Erfahrungen gemacht haben; in diesem Falle unterlasse ich aber den Antrag, da in derselben eine große Anzahl technischer Fragen mit Nutzen zu erörtern sein werden.

Damit schließt die Debatte.

Im Schlußwort erklärt

Stadtv. Dr. Freudenberg, daß der Stadtrat immer bloß von der Waisenverwaltung gesprochen, also den Antrag gar nicht recht verstanden habe (Weiterkeit), der die Einschränkung der Säuglingssterblichkeit im allgemeinen erstrebt.

Der Antrag Singer wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Vorlage, betreffend die

Abwehr der Verunreinigung des Tegeler Sees

durch die Reinickendorfer Kanalisationswässer, wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Reform des städtischen Feuer-Societäts-Reglements von 1794 hatte ein Antrag Kallisch angestrebt, um die Schlösser, Theater, Warenhäuser, Fabrikanlagen usw. der modernen Entwicklung entsprechend eventuell zu höheren Feuerlofen-Beiträgen heranzuziehen zu können. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Reglement als ein Gesetz anzusehen ist, das gar nicht einseitig von der Stadt abgeändert werden kann. Der Antrag Kallisch ist darauf von dem betreffenden Sonderausschuss abgelehnt worden; dagegen wird folgende Beschlußfassung vorgebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, für sämtliche Explosionsgefahren die Entschädigung in Gemäßheit der Bestimmungen des Reglements zu gewähren und bei Fabrikanlagen die Maschinen, Kessel, Transmissionsen und dergleichen, soweit sie mit dem Gebäude fest zusammenhängen, in die Versicherung aufzunehmen.

Referent ist Stadtv. Kallisch. Der Ausschussantrag gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Den Ankauf der Aktien der Berliner elektrischen Straßen-

bahnen bis zum Betrage von 6 Millionen Mark hat der Ausschuss einstimmig gutgeheißen, nachdem festgestellt war, daß an eine Ermäßigung des Kursus von 108 1/2 Proz. nicht zu denken ist. Der Referent Stadterordneter Michalek weist besonders darauf hin, daß die Stadt durch den Erwerb sofort in den Besitz zweier Anstaltshöfe gelangt, von denen aus weitere städtische Straßenbahnen angelegt werden können. Auch die Verkehrsdeputation habe ja einstimmig den Erwerb angeraten.

Stadtv. Dr. Prenz (R. 2.): Meine Bedenken gegen die Vorlage sind auch durch die Ausschussberatung nicht völlig beseitigt. Der Ausschuss hat aber, daß die Große Berliner Straßenbahngesellschaft die Linien erwidert und damit ihr Monopolrecht zurück, muß auf jeden Fall vorgebeugt werden und aus diesem Grunde allein empfehlen wir die Annahme.

Stadtv. Singer: Den Anlauf der beiden elektrischen Straßenbahnen aus wirtschaftlich-finanziellen Gesichtspunkten zu beurteilen, ist absolut falsch. Es handelt sich um eine kommunalpolitische Frage. Wir stehen vor der geradezu unsäglichsten Erscheinung, daß ein Minister einer privaten Aktiengesellschaft gegenüber eine fördernde Stellung zum Schaden der Stadt Berlin einnimmt. Deshalb haben wir doppelte und dreifache Veranlassung, Schritte zu thun, und wenn wir selbst Preise über den Wert zahlen müssen, einen so unheilvollen Zustand zu beseitigen. (Sehr richtig!) Bis jetzt waren unsere Straßen und Plätze Spielobjekte kapitalistischer Gesellschaften, und daß wir diese Bahnen jetzt ankaufen können, liegt nur daran, daß zwei Konsortien sich anboten und keines dem andern den Gewinn gönnen will. Ein richtiger Gradmesser für die Beurteilung unseres Vorgehens scheint mir das Maß des Vergers bei den Gegnern zu sein. In dem Augenblick, wo wir uns mit dem Anlauf beschäftigen, hat die Große Berliner Straßenbahn plötzlich ihr Herz für Berlin entdeckt. Sie hat alles gethan, uns vor Schaden zu bewahren; sie hat uns gewarnt, die Bahnen seien zu teuer, das Material sei schlecht; dies und anderes wurde uns in der Presse vorgeführt. Das war mir von vornherein sehr verdächtig. Eine Thatfache aber ist besonders bezeichnend. Nach unserm Verträge mit der „Großen“ haben wir auf den Heberlohn über 6 Prozent Dividende hinaus (nach vorheriger Zahlung der Brutto-Abgabe) zur Hälfte Anspruch. Nach dem Bekanntwerden der Vorlage hat die Gesellschaft, während sie sonst ihr Betriebskapital durch Ausgabe von Obligationen vermehrt, das Aktienkapital um 17 Millionen zu erhöhen beschloßen, womit sich die Dividende durch die Verteilung der neuen 17 Millionen entsprechend vermindert und wir wahrscheinlich keinen Heberlohn erhalten werden. Ich halte den heute zu fassenden Beschluß für so wichtig und folgenschwer, daß ich niemand die Freude rauben will, sich später seiner Zustimmung rühmen zu können, und deshalb beantrage ich namentliche Abstimmung.

Stadtv. Cassel (R. 2.): Die überwiegende Mehrheit meiner Freunde wird für die Vorlage stimmen. Der Hauptgrund ist auch für uns die Haltung der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft, die sich entgegen aller Loyalität bemüht, das Vorgehen der Stadtgemeinde auf Schritt und Tritt zu kreuzen. Alles ist sehr hartnäckig.

In namentlicher Abstimmung wird die Vorlage mit 93 gegen 12 Stimmen angenommen. Von der Abstimmung halten sich durch Verlassen des Saals fern die Stadtv. Bamberg, Haberland, Herbig, Hermes, Jacobi, Lüben, Pregel.

Von der Kaiserin Friedrich ist ein Danktelegramm auf die oben erwähnte Kundgebung eingetroffen.

Den Etat für den

Gesundheitsfonds

beantragt Stadtv. Stadthagen (Soz.) einem besondern Ausschuss zu überweisen. Der Fonds konnte bekanntlich dadurch zu Stande, daß die Diensthöfen bei jedem Wechsel 50 Pf. zahlen müssen. Nach der Ansicht des Redners beruht diese ominöse Steuer nicht mehr auf gesetzlicher Grundlage. Der Anspruch des Diensthöfen an den Fonds sei nicht einmal so hoch wie die Invalidenrente, und die durchaus veraltete Einrichtung komme nur einer verschwindenden Minderheit zu gute.

Stadtv. Ladevitz (R. 2.) hält die Einrichtung für durchaus segensreich und will sie konservieren.

Stadtv. Michels giebt anheim, den Etat dem Etatsauschuss zu überweisen.

Stadtv. Stadthagen erklärt sich damit einverstanden, worauf entsprechend beschloßen wird.

Nach längerer Debatte beschließt die Versammlung, den vom Magistrat zweimal nicht berücksichtigten Antrag auf Einstellung von 5000 M. in den Etat zur Disposition des Stadtverordneten-Vorstandes abermals zu erneuern, ohne dem Verlangen des Magistrats nach Angabe der Verwendungszwecke zu entsprechen. In der Erörterung wird auch vom Stadtv. Vorkmann (Soz.) die ablehnende Haltung des Magistrats und der Umstand scharf getadelt, daß die Verhandlung vor leerem Magistratsrat geführt werden muß.

Schluß 9/10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung Tapezierer! Die Firma Töple, Charlottenstr. 13, zahlte seinen Gehilfen einen Stundenlohn von 45 Pf., trotzdem Herr Töple selbst Mitglied der Ahtzähler-Kommission war und als solcher wußte, daß der Vertrag einen Lohn von 90 Pf. vorsieht. Am 24. d. Mis. verurteilten 2 Mitglieder der Ahtzähler-Kommission mit Herrn Töple zu verhandeln, derielbe ließ sich jedoch nicht sprechen. Dafür entließ Herr Töple am 24. abends 6 Uhr drei Kollegen, weil dieselben die Ahtzähler-Kommission benachrichtigt haben sollten. Im Laufe des heutigen Tages wird nochmal eine Verhandlung mit Herrn Töple stattfinden.

Ueber den Streit der Arbeiter in der Spandauer Brandischen Schneidemühle ist folgendes zu berichten: Die Streikenden hatten unter sich eine Kommission gewählt und diese beauftragt, bei der Firma schriftlich anzufordern, ob sie geneigt sei, mit der Kommission mündlich oder schriftlich über Einigungsversuche zu verhandeln. Das Schriftstück wurde am 22. Januar z. abgeschickt und lautet die darauf eingegangene Antwort folgendermaßen:

Berlin O., den 23. Januar 1901.

An den Streikführer Wilhelm Tzsche.

Spandau, Dinarstr. 10.

Auf Ihre gestrige Zuschrift müssen wir Ihnen zunächst erwidern, daß es uns gar nicht paßt, in der von Ihnen gewünschten Form mit Ihnen zu verhandeln und werden wir auf etwaige weitere Zuschriften von Ihnen überhaupt nicht antworten!

Wir haben auch umso weniger Veranlassung dazu, da durch die Ihrerseits ohne Not erfolgte Niederlegung der Arbeit wir keineswegs unlieb betroffen oder geschädigt worden sind.

Wenn wir Ihnen mit diesem trotzdem eine Antwort zukommen lassen, so thun wir dies lediglich aus Humanitätsrücksichten!

Eine andre als die Ihnen bekannte Löhnung können Ihnen zur Zeit der daniederliegenden Marktlage halber nicht gewähren, entgegen lassen wir sie uns schon ganz und gar nicht.

Ergebenst

Das Frände Söhne.

Die Lohnverabreichung, welche die Firma vornahm, betrug für Accorarbeit 20 Proz. und für Lohnarbeit von 32 auf 30 Pf. pro Stunde. Für die Accorarbeit wurden bisher gezahlt, für das Schneiden von 100 laufenden Metern, bei welcher Arbeit 2 Mann beschäftigt werden müssen, 3 M. Die beiden Mann waren bei angestrengtester Arbeit im Stande, 250 Meter pro Tag zu liefern, so daß also pro Mann 3,75 M. pro Tag verdiente. Davon noch 20 Proz. abzuziehen ist wirklich unerhört.

Deutsches Reich.

In Weisenburg a. S. haben sämtliche organisierten Brauer die Arbeit niedergelegt, weil eine Brauerei eine Anzahl Arbeiter, die eine Versammlung besucht hatten, maßregelte. Es wird gebeten, den Zugang zu vermeiden.

Gewerkschaftshaus in Solingen. Das Hotel „Bayrischer Hof“ nebst dem dazu gehörigen Kaiseraal, dem größten Saal der Stadt, wird demnächst von den vereinigten Gewerkschaften als Gewerkschaftshaus erworben. Nach den bereits festgelegten beider-

seitig genehmigten Bedingungen wird das Lokal von den Gewerkschaften auf zehn Jahre gepachtet zum Preise von jährlich 9000 M. Die Besitzerin des Kaiserjaals hat den Gewerkschaften das Vorlaufsrecht für 800000 M. eingeräumt.

Der Streit der Lithographen und Steindruckere in Nürnberg ist beendet, nachdem die Kunstanstalt J. Scheue von der beabsichtigten Einführung des Kontrollmarkensystems abgesehen hat.

Sociales.

Arbeitslosenstatistik. Die Zimmerer Hamburgs haben in der Zeit vom 3. bis zum 31. Dezember d. J. eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen. Von 1265 Mitgliedern der Organisation wurden 1181 befragt. Davon feierten wegen Arbeitsmangels 852 Mann zusammen 9973 Tage, während in der gleichen Zeit des vorhergehenden Jahres von 1190 Befragten 867 Mann zusammen 4180 Tage arbeitslos waren. Die Statistik hat infolgedessen einen Mangel, als die Aufnahme sich über eine größere Anzahl Tage ausdehnte und daher besonders hinsichtlich der Dauer der Arbeitslosigkeit kein korrektes Bild giebt.

Aus der Frauenbewegung.

Der dritte sozialistische Frauentag für Belgien hat vergangenen Sonntag in Gent stattgefunden. Es wurde beschloßen, eine Föderation der Frauen zu gründen, in den Kandidaten sollen besondere Gruppen für Parlament gebildet werden. Eine Resolution, die das Wahlrecht zum Parlament für die Frauen fordert, fand einstimmige Annahme; ebenso wird das Wahlrecht zu den Gewergerichten gefordert. Für die wallonischen Frauen wird ebenfalls eine Zeitung gegründet, wie eine solche schon besteht für die flämischen. Von Clara Zetkin ist im Auftrage der deutschen sozialistischen Frauen ein Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Veranstaltungen.

Kaufmännische Schiedsgerichte heraus! lautete das Thema einer öffentlichen Versammlung der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, die am Mittwoch bei Coln, Benthstraße, lagte. Das Referat hatte Reichstags-Abgeordneter Dreesbach-Mannheim übernommen, der in sehr treffender Weise die verschiedenen Mängel des Gewerbegerichts-gesetzes erörterte und unter anderem darauf hinwies, daß der Reichstag wiederholt mit überwältigender Majorität Beschlüsse zu Gunsten der kaufmännischen Schiedsgerichte gefaßt hat, denen auch der Bundesrat seine Zustimmung gab. Trotzdem hat weder der frühere noch der jetzige Reichstagskanzler bisher Zeit gefunden, dem Reichstoge eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Auch in diesem Jahre sind von den verschiedenen Parteien Anträge zum Gewerbegerichts-gesetz eingebracht worden und auch mehrere Petitionen von den kaufmännischen Angestellten eingegangen.

Der Referent verwies zum Schluß seiner Ausführungen darauf, daß es sehr fraglich erscheint, ob die Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion die Zustimmung des Reichstags und der verbündeten Regierungen finden werden, obgleich sie den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen völlig entsprechen und ihre Zweckmäßigkeit nachgewiesen ist. Aufgabe der kaufmännischen Angestellten wird es nun sein, eifrig und mit allem Nachdruck für ihre gerechtfertigten Forderungen einzutreten.

Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der zunächst Kallisi sehr eingehend und an der Hand eines reichhaltigen Materials die gegenwärtigen, für die kaufmännischen Angestellten geltenden Rechtszustände kritisierte. Zur Zeit sind die Angestellten gänzlich rechtlos und es ist ihnen fast unmöglich gemacht, sich ihr Recht vor den ordentlichen Gerichten zu suchen. Da das durchschnittlich geringe Einkommen der Handlungsgehilfen ein langwieriges und kostspieliges Prozeßverfahren nicht zuläßt, so sind sie von vornherein gezwungen, auf ihr gutes Recht zu verzichten, und die Unternehmer sind in der Lage, unbeachtet um die gesetzlichen Bestimmungen und ganz nach Willkür mit den Angestellten zu verfahren. Der Redner schildert einige für die gegenwärtigen Rechtszustände sehr bezeichnende Vorkommnisse und spricht sich im weiteren für die Vorschläge der Sozialdemokratie aus. Wegen den Antrag Wasserfmann wendet sich auch ein Vertreter der deutschnationalen Handlungsgehilfen. Dieser Redner polemisierte schließlich gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf die weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe. Die Herren Hinte und W. Maas kennzeichneten ganz treffend das Gebahren des deutschnationalen Verbandes und betonten, daß nur eine von den Unternehmern unabhängige, die weiblichen und männlichen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre konfessionelle und politische Gesinnung umfassende Organisation im Stande ist, die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe wirklich zu verbessern. Nach einem Schlußwort des Referenten gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte als ein dringendes Bedürfnis anerkannt und gegen die bisherige Vernachlässigung dieser Forderung der sozialen Gerechtigkeit protestiert wird. Als beste Form für die kaufmännischen Schiedsgerichte erklärt die Versammlung die nach Art der Gewerbegerichte und im Anschluß an diese. In weiteren wird in der Resolution Protest erhoben gegen den Antrag Wasserfmann, da dieser Antrag nur bezweckt, unter der Maske sozialreformerischer Bestrebungen das heute herrschende Rechtselend der Handlungsgehilfen auch für die Zukunft zu erhalten.

Eine öffentliche, von 350 Personen besuchte Konditoren-Versammlung lagte am Donnerstag, den 17. d. Mis. im Neuen Klubhause in der Kommandantenstraße. Dieselbe beschäftigte sich mit der Frage: „Können die Kollegen Forderungen an die Arbeitgeber stellen?“ Der Verbandsvorsitzende Karl Völl aus Hamburg gab das einleitende Referat. Lebhafter Beifall folgte dem oft von zustimmenden Rufen unterbrochenen Vortrag. In der Diskussion wurde allgemein die Notwendigkeit eines schärferen Vorgehens anerkannt und vor allem den Herren Vaggehilfen, welche sich immer noch in der Rolle des Künstlers fühlten, das schmachvolle ihrer Abhängigkeit durch das Kost- und Logiswesen vor Augen geführt. Es wurden noch für Fabrik- und Badegeschäfte Fragebogen ausgegeben, deren Resultat nach Ostern bekannt gemacht werden soll, und schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Befreiung des Heberlohnwesens gutgeheißen und als einziges Mittel zur Durchführung dieser Forderung eine starke Organisation anerkannt wurde.

Die Hiesener hielten am Freitag, den 18. Januar, bei Schulz in der Grenadierstraße eine öffentliche Versammlung ab, in welcher der erste Vertrauensmann die Abrechnung vom 2. Halbjahr 1900 gab. Nach dieser Abrechnung betrug die Gesamteinnahme 2930,51 M., die Gesamtausgabe 1488,17 M. Auf die Abrechnung und Decharge-Erteilung erfolgte die Renunziat der beiden Vertrauensleute, der Rediktoren und der Delegierten zum Gewerkschaftsrat. Die Wahlen der Vertrauensleute sollen die einzelnen Geschäfte so schnell wie möglich vornehmen und das Resultat dem ersten Vertrauensmann anzeigen. Alsdann wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Charlottenburg. In der am Donnerstag, den 17. Januar abgehaltenen gut besuchten ordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins Charlottenburg sprach Reichstags-Abgeordneter Genosse Polkenbühr über: Beiträge zur Geschichte des preussischen Proletariats in den letzten zwei Jahrhunderten. Sodann erstattete der Vorsitzende Paake den Geschäftsbericht des Vorstands. Aus demselben geht hervor, daß die Geschäfte des Vereins im letzten Quartal 1900 in einer ordentlichen (Oktober) und einer außerordentlichen Generalversammlung (Dezember), und in einer Mitglieder-versammlung (November) erledigt wurden. Außerdem fanden vier Vorstandssitzungen statt. In der Dezemberversammlung wurde der Anschluß des Vereins an den Central-Wahlverein des Kreises be-

schloßen und der Vorstand beauftragt, der nächsten Generalversammlung den Entwurf eines Statuts für den Ortsverein vorzulegen, welches sich dem Statut des Centralvereins anpassen sollte. Sodann erwähnt der Vorsitzende, daß die im November wegen Resten ausgeschlossenen 154 Mitglieder durch Renunziationen bald wieder ersetzt seien, und appelliert an die Mitglieder, durch fleißiges Agitieren immer mehr Genossen für unseren Verein zu gewinnen. Das Andenken des verstorbenen alten Parteigenossen Engelhardt erbt die Versammlung in der üblichen Weise. Hierauf gab der Kassierer Gemische den Kassenbericht. Aus demselben geht hervor, daß eine Einnahme von 1216,56 M. vorhanden war. Dieser trat eine Ausgabe von 590,67 M. gegenüber, so daß am Ende des Quartals ein Bestand von 625,89 M. vorhanden war. Aus dem hierauf erstatteten Bericht des Parteisekretärs geht hervor, daß einschließlich eines aus dem 3. Quartal übernommenen Bestands von 136,89 M. im 4. Quartal 1900 eine Einnahme von 6194,94 M. vorhanden war. Dem stand eine Ausgabe von 5912,55 M. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 282,89 M. vorhanden war. Hierzu kommen ausstehende Forderungen 457,40 M. und ein Bücherbestand 882,02 M., so daß die Partisektion mit einem Vermögen von 1821,81 M. ins neue Jahrhundert eintrat. Die vom Kassierer Gemische zusammengestellte Berufsstatistik der Mitglieder ergibt folgendes: Arbeiter sind 209, Maurer 150, Tischler 53, Zimmerer 47, Restaurateur 44, Metzlarbeiter 32, Maler 81, Schriftsetzer und Buchdrucker 21, Schuhmacher 19, Schneider 10, Wälder 12, Köpfer 9, Porzellanarbeiter 8, Stelmacher 7, Klempner, Sincateure, Barbier je 6, Schriftsteller, Brauer, Formner, Glaser, Passier je 5, Schmiede, Kaufleute, Drechsler, Handelshilfe, Buchbinder, Antiker, Cigarrenmacher je 4, Cigarrenhändler, Uhrmacher, Tapezierer, Dachbeder, Steinbauer, Fuhrer, Wälschhändler, Lederarbeiter je 3, Sattler, Mechaniker, Gärtler, Posamentiere, Steinmetzen, Hausdiener, Steindruckere je 2, Färber, Möbelsieger, Monteure, Dreher, Zeitungspediteure, Papfer, Gutmacher, Apotheker, Schleifer, Rentiers, Bodenleger, Schlägler, Bäcker, Doktoren, Werkmeister, Stereotypenre je 1. Außerdem sind 88 Mitglieder ohne Angabe des Stands. Zusammen 828 Mitglieder. In der Statutenberatung werden die vom Vorstand ausgearbeiteten und der Versammlung vorgelegten Statuten mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen.

China.

Der Kriegszustand dauert fort.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 22. aus Peking: Kleines Detachement unter Hauptmann v. Wangenheim ist gestern auf Wunsch der Ortsbehörde zur Verhütung der Einwohner nach Schaho (23 Kilometer nordwestlich Peking) entsandt worden.

Weitere Wünsche Chinas.

China wünscht, nach der „Agence Havas“, daß die Mächte die Klage genau angeben, an denen die Forderungen zu suspendieren sind, daß sie ferner die Einfuhr von Waffen zur Unterdrückung des Räuberunwesens gestatten, das Datum für die Zahlung der Entschädigung festlegen, eine Erhöhung der Zollabgaben gestatten, die Grenzen des Gesandtschaftsviertels festlegen und schließlich den Zeitpunkt für den Abzug der Truppen bestimmen.

Daß China sich selbst dazu drängt, durch Erhöhung der Zölle die Zollgarantien für eine Kriegsanleihe zu schaffen, erscheint einseitig ziemlich ungläubhaft.

Ein neuer englisch-russischer Zwischenfall.

Admiral Alexejew protestierte bei Admiral Seymour gegen die Abschaffung eines britischen Kanonenboots, welches gegen die Seeräuber bei den Elliot- und Blonde-Inseln östlich von der Liaotung-Halbinsel vorgehen sollte. Admiral Alexejew behauptete, diese Inseln seien russisches Gebiet. Seymour erkannte diese Forderung nicht an und erklärte, über diese Frage an seine Regierung berichten zu wollen.

Die betreffenden Inseln gehören samt der Liaotung-Halbinsel, an deren Küste sie gelagert sind, zur Mandchurei. England wird also wohl Admiral Seymour restituieren müssen, wenn es nicht einen ersten Konflikt produzieren will.

Die deutschen Gesamtverluste

des ostasiatischen Expeditionscorps betragen nach den bis jetzt vorliegenden sieben Verlustlisten 103 tote Offiziere und Mannschaften. Davon sind jedoch nur vier im Gefecht gefallen, während die übrigen durch Unglücksfälle und Erkrankungen hinweggerafft wurden. Der Hunnenkrieg war also nur für die Chinesen blutig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zwei Kinder erstickt

Sind bei einem Wohnungsbrande, der gestern (Donnerstag) abends 8 1/2 Uhr in der Hochstädterstr. 30 ausbrach. Hier wohnte der Schlosser Matties, der in den Elektricitätswerke am Schiffbauerdamm beschäftigt ist, während seine Frau im Hause wusch und plättete. Die Frau war nachmittags fortgegangen, um Wäsche abzuliefern und hatte vorher ihre beiden einzigen Kinder, ein paar Zwillinge im Alter von 5 Jahren eingeschloßen. Als sie abends nach Hause kam und die Küchentür öffnete, schlugen ihr Flammen entgegen. Auf ihre Hilferufe eilten Nachbarn herbei, die die Flammen löschten, aber anfangs gar nicht an die Kinder dachten. Letztere wurden später in der Küche, wo sie sich verkrochen hatten, aufgefunden. Sie zeigten zwar noch schwache Lebenszeichen, verschieden aber, bevor der herbeigerufene Arzt erschien. Sie waren erstickt. Die alarmierte Feuerwehr fand nichts mehr zu thun.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 24. Januar. (W. T. W.) Nach einer Trauerkundgebung für die verstorbene Königin von England setzt das Haus die Beratung des Vereinsgesetzes fort. Chauviere verlangt Abänderung des Vereinsgesetzes, weil es eines Tags gegen die Sozialisten angewendet werden könnte. Lafies bekämpft dem Gesegentwurf ebenfalls, spricht sich rühmend über die Kongregationen aus und wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die Protestanten und die Juden. Die Generaldebatte wird geschlossen und die Dringlichkeit der Beratung mit 361 gegen 179 Stimmen angenommen. Sodann wird mit 441 gegen 98 Stimmen beschloßen, zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen.

Budapest, 24. Januar. (W. T. W.) In der Station Gány auf der Linie Galanta-Posna fand infolge Nichtbeachtens der Signale ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt. Zwei Personen des Zugpersonals wurden getötet, eine Person wurde leicht verletzt.

Paris, 24. Januar. (W. T. W.) Die „Liberte“ veröffentlicht Zustimmungserklärungen mehrerer Generale zu Galliffets Schreiben über die Maßregelungen des Generals Geslin de Bourgoane.

Svevia, 24. Januar. (W. T. W.) Bei Schießübungen, die auf dem Banzer-Kanonenboote „Terribile“ vorgenommen wurden, platzte eine Kanone. Vier Soldaten wurden getötet und ebenso viel verwundet.

Mailand, 24. Januar. (W. T. W.) Verdi hat heute in Gegenwart seiner Verwandten und nächsten Freunde die letzte Orgel erhalten.

Herrholmen (Norwegen). 24. Jan. (W. T. W.) Durch eine Sturmflut infolge eines Orkans kamen am 22. d. M. in Sandnessund (Gerrard) 34 Männer und eine Frau ums Leben; 8 Häuser wurden fortgeschwemmt und im Hafen gingen 60 Boote unter. Viele Personen sind durch die ausgehenden Leiden erkrankt.

Reichstag.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Poldomsky und Poddiecki. Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation des Abg. v. Glebocki (Pole).

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in letzter Zeit an vielen Orten des Bundesstaats Preußen die Postbehörden Postwertsendungen und einfache Briefe entgegen den Bestimmungen der Postordnung vom 20. März 1900, nicht befördert haben, wodurch zum Teil materieller Schaden für das betreffende Publikum entstanden ist? Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um für die Zukunft solchen Uebelständen vorzubeugen?

Staatssekretär v. Poddiecki:

Der Herr Reichskanzler hat mich ermächtigt, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. v. Glebocki (Pole):

Die Vorgänge, auf die meine Interpellation Bezug hat, haben eine große Erregung und Unruhe in den polnischen Landesteilen Preußens hervorgerufen. Es ist nämlich häufig vorgekommen, daß Briefe und Wertsendungen mit polnischen Adressen von den Postbehörden zurückgewiesen sind. Redner führt eine große Reihe solcher Fälle an und legt die betreffenden Postsendungen auf dem Tisch des Hauses nieder. Auf eine der vielen Beschwerden ist von der Postdirektion eröffnet worden, daß die Zurückweisung auf Grund eines Reskripts vom März vorigen Jahres erfolgt sei. Es sind auch Postsendungen zurückgewiesen worden mit nur teilweise polnischer Adresse. Außerdem ist doch die polnische Sprache keine fremde Sprache, sondern für die betreffenden Gebiete Landes- und Umgangssprache. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß aus dem Ausland kommende Sendungen mit polnischer Adresse gemäß den Bestimmungen des Weltpostvertrags ohne weiteres befördert werden müssen. Da ist es um so unverständlich, warum solche Sendungen innerhalb des Inlands zurückgewiesen, zumal die Postbeamten ein Verzeichnis der Orte zur Hand haben, in dem auch die polnischen Namen angegeben sind. Die Erbitterung, die dieses Vorgehen in den polnischen Landesteilen erregt hat, ist um so größer, weil man genau weiß, daß die dortigen Postbeamten — wie das ja auch ganz selbstverständlich — die polnische Sprache sehr gut verstehen. Uebrigens bin ich überzeugt, daß die Postbeamten selbst mit diesen Zuständen sehr unzufrieden sind, denn auch sie haben ja nicht wenig zu leiden unter den daraus resultierenden fortwährenden Reibungen mit dem Publikum. Das Vorgehen der Postbehörden hat einen geradezu vegetarischen Charakter angenommen, während doch die Post allein dazu da sein sollte, den Interessen des Verkehrs zu dienen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Dem Reichstag muß daran liegen, dafür zu sorgen, daß solche Zustände nicht fortdauern.

Staatssekretär v. Poddiecki:

Ich bin überzeugt, daß das hohe Haus und die gesamte deutsche Bevölkerung nach meinen Ausführungen zweifellos zu einem ganz andern Resultat kommen werden als der Herr Vorredner. (Große Heiterkeit.) Bitte warten Sie doch erst ab, was ich sagen will. (Erneute Heiterkeit.) Ich werde Ihnen beweisen, daß in diesem Fall ganz allein die Provokation auf Seiten der polnischen Bevölkerung gelegen hat. Zunächst im allgemeinen. Der § 4 der Post-Ordnung enthält gegen die frühere Fassung nur den Unterschied, daß es jetzt heißt, die Adresse muß „deutsch und bestimmt“ bezeichnet sein. Was den ausländischen Verkehr anlangt, so ist vorgezeichnet, daß bei Postsendungen nach fremden Ländern, in denen die deutsche Sprache wenig oder gar nicht gebräuchlich ist, es sich empfiehlt, die Sprache des Bestimmungslandes anzuwenden, zum mindesten aber lateinische Buchstaben zu gebrauchen. Weiter ist ganz allgemein daran festzuhalten, daß es notwendig ist, daß der deutsche Ort bei den Adressen steht und daß der Name deutlich erkennbar ist. Auf den Adressen, die mir vorgelegt sind, und die sich mit den Beschwerden, die uns zugegangen sind, ungefähr decken, haben sich doch immer auf den Briefen andre Zusätze befunden, die nicht immer verständlich waren. Ein Irrtum ist es doch jedenfalls, daß die Adresse ein Gegenstand der Korrespondenz ist. Sie ist eine Anweisung für die Postverwaltung. Und je deutlicher die Adresse ist, desto leichter wird die Verfertigung sein. Weiter ist zu beachten, daß unterschieden werden muß zwischen den Millionen von Briefen, die den Poststellen und den Schaltern direkt zugeführt werden und denjenigen Postsendungen, für die die Reichs-Postverwaltung eine Verantwortung trägt; das sind erstens Pakete, zweitens alle Wertsendungen, Einschreibebriefe, Postanweisungen und Geldbriefe, die mit der Beförderung in das Eigentum der Reichs-Postverwaltung übergehen. Es ist doch ganz klar, daß, wenn auf solchen Wertsendungen nicht verständliche Andeutern sich befinden, wir nicht verpflichtet sein können, sie zu befördern. — Nun habe ich von jeder auf dem Standpunkt gestanden, man möge in weiten Kreisen des Publikums verbreiten, alle Postsendungen deutlich und klar zu adressieren. 2 Millionen Postsendungen haben im vorigen Jahre nicht bestellt werden können, 150 000 Postkarten waren ohne Adresse (Große Heiterkeit.), in Berlin allein 16 000 Postkarten. (Erneute Heiterkeit.) Zuruf: Das ist doch ganz was anders.

Präsident Graf Valfreim:

Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.

Staatssekretär v. Poddiecki (fortfahrend):

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, ganz objektiv dem hohen Hause die Verhältnisse darzulegen und anzufprechen, daß alle Kreise danach streben müssen, daß von der Bevölkerung gute Adressen geschrieben werden.

Ich komme nun zu der Frage selbst. Ich hatte gedacht, der Herr Begründer der Interpellation würde irgend eine Verfügung von mir oder von einer Ober-Postdirektion anführen können, wodurch dies Vorgehen der Postbehörden hervorgerufen sei. Ich bin aber in der ungetrübten Lage, dem Hause Beweise unterbreiten zu können. Ich habe nirgends etwas davon gesehen oder gehört, daß Schwierigkeiten in der Beförderung in den östlichen Teilen Deutschlands eingetreten wären, als plötzlich am 18. Oktober in der „Dziennik Posenanski“ folgende Aufforderung erschien. Sie ist polnisch geschrieben, wer polnisch kann, kann sie lesen, deutsch lautet sie: „Mögen unsere Leser überall die Adressen polnisch schreiben, die Post ist verpflichtet, die Briefe zu befördern. Wo es keine Beamten giebt, die polnisch können, mag die Postverwaltung welche hinstellen, die es können.“ (Hört! hört!) Es dauerte gar nicht lange, da ging auf einmal die Hochflut los. (Heiterkeit.) Herren, die früher nicht daran gedacht hatten, fingen plötzlich an, polnisch zu schreiben. Wir wurden plötzlich überschwemmt von einer Menge von Adressen, die die meisten Beamten nicht zu entziffern vermochten. Auf eine Anfrage bei mir seitens der belasteten Beamten, ob nicht gegenüber dem Ansturm der polnischen Bevölkerung eine Bezirksverfügung zu erlassen sei, habe ich verfügt, daß ich das nicht für angebracht hielt. Es ist also vom Reichspostamt nichts geschehen, sondern die Herren haben uns gerettet.

Im Deutschen sind die Adressen so verständlich, weil wir am Namen keine Deklinationen und keine Zusätze kennen. Ganz anders im Polnischen. Dadurch werden die Adressen für die Beamten oft ganz unverständlich. Eine Menge Briefe sind uns zugegangen mit der Aufschrift Ologowje und Wissa. Wir haben erst ganz etwas anderes darunter verstanden, schließlich haben wir erfahren, daß es Ologau und Wissa heißen soll. (Große Heiterkeit.) Ja, wie soll man denn darauf kommen.

Daß jetzt plötzlich soviel Beschwerden vorkommen in Oeten, die früher ganz davon frei waren, liegt nur an den polnischen Agitatoren. Die

Polen sind von einem ganz sanftmütigen Haß gegen die Nichtpolen. Essen und Trinken hat man den Beamten früher sogar verweigert. Glauben Sie, daß das in einem deutschen Dorfe vorkommen könnte gegenüber einem Polen? Die ungläublichsten Dinge reden die Agitatoren den Leuten ein. Eine Frau wollte Land an die Reichs-Postverwaltung verkaufen, trat dann aber zurück, weil man ihr vorgeordnet hatte, sie käme sonst in die Hölle. (Große Heiterkeit.)

Ich wollte Ihnen nur zeigen, auf welcher Seite die Angriffe liegen. (Große, andauernde Unruhe im Centrum. Glode des Präsidenten.)

Präf. Graf Valfreim:

Ich bitte um Ruhe! Der Herr Staatssekretär hat das Recht zu sprechen und gehört zu werden. Sie haben dann das Recht zu erwidern!

Staatssekretär v. Poddiecki (fortfahrend):

Es ist gefragt worden, warum nicht mehr polnische Beamte angestellt werden. Es liegt vielfach daran, weil von der polnischen Bevölkerung der Verkehr gemacht worden ist, die Beamten zu beeinflussen, Wählzettel zu verteilen, so daß wir disziplinarisch gegen die Beamten haben vorgehen müssen und einzelne Beamte verjagt worden sind. Sehr eigentümlich ist es, daß der Kaiser im Streit einen guten deutschen Namen trägt: Es ist ein Herr Biedermann! (Große Heiterkeit.) Ich kann nur noch einmal erklären, daß postitiv von mir keine Verfügung erlassen worden ist, sondern daß wir plötzlich von anderer Seite angegriffen worden sind. Wie man es in den Wald hineinruft, so schallt es wieder hinaus! Ich kann höchstens zugeben, daß eine gewisse Unruhe im Verkehr die Folge davon gewesen ist. Wenn Sie mich fragen, was soll geschehen: Haben Sie den Mut, Ihrer Bevölkerung zu sagen: Fahet nicht fort in der Agitation, sondern wer es kann, schreibe eine deutliche Adresse ohne irgend andre Zusätze, die uns nur Schwierigkeiten machen. Die gesamte Bevölkerung hat im Interesse des Verkehrs die Pflicht, der Post keine Schwierigkeiten zu machen. Der Verkehr wird aber gehindert, wenn an den Schaltern fortwährend lange Auseinandersetzungen stattfinden. Die Reichs-Postverwaltung hat früher keine Briefe zurückgewiesen, sie wird es auch weiterhin nicht thun, sofern diese Agitation von Ihrer Seite eingestellt wird, d. h., daß wir gezwungen werden sollen, alles möglich zu machen, was wir nicht machen können. Veröffentlichungen Sie bitte meine Rede in Ihren Blättern. (Stürmische Heiterkeit), dann wird es in kurzer Zeit anders werden. (Bravo bei den Nationalliberalen und Konservativen.)

Auf Antrag des Abg. Schäbler (C.) findet Besprechung der Interpellation statt. Dagegen stimmen die Nationalliberalen und Konservativen.

Abg. Roeren (C.):

Wenn auch das Vorgehen der Postbehörde nur ein Ring in der Kette der Maßnahmen ist, die jetzt gegen die Polen für gut befunden werden, so ist es doch nicht Sache des Reichstags, die Polenfrage im allgemeinen hier zu erörtern. Ich will mich lediglich an die vorliegende Sache halten. Die Rede des Herrn Staatssekretär war mir zwar im einzelnen verständlich, aber einen Zusammenhang der Sätze unter einander und mit der Sache selbst habe ich nicht finden können. (Sehr gut im Centrum.) Der Herr Staatssekretär hat deutliche und richtige Adressen gefordert, während hier gerade Beschwerden darüber geführt ist, daß an sich klare und deutliche Adressen nur deshalb nicht für annehmbar erklärt sind, weil sie in polnischer Sprache geschrieben waren. Ob das Vorgehen der Polen ein provokatorisches gewesen ist, weiß ich nicht, jedenfalls hätte der Herr Staatssekretär vor allem den Nachweis führen müssen, daß das Vorgehen der Postbehörde gesetzlich zulässig ist und das hat er nicht gethan. (Sehr richtig! im Centrum.) Daß es auf die Deutlichkeit der Adresse in der That sehr wenig ankommt, lehrt folgender Fall. In einem Polen, der der einzige seines Namens in dem betreffenden Ort war, wurde ein Brief mit polnischer Adresse, die nur die Hinzufügung „Hochwohlgebornen“ auf polnisch enthielt, nicht bestellt. Der Empfänger hat den Absender, den Brief nunmehr mit englischer Adresse an ihn abzugeben unter derselben Hinzufügung auf englisch, und so wurde der Brief ohne weiteres abgegeben. (Hört! hört!) Der Briefbote erklärte auf Befragen, er verstände kein Wort der Adresse, habe den Brief aber bestellt, da der Adressat der einzige seines Namens am Orte sei. (Hört! hört!) Ein solches Verfahren widerspricht den Interessen des Verkehrs und untergräbt vollkommen das Ansehen der Post. (Sehr richtig! im Centrum.) Bisher hat die Post ihre Zuverlässigkeit auch in Zeiten hoher politischer Erregung stets bewiesen. Wenn unsere Organe jetzt sich als Handlanger der Datschisten hergeben, dann sollte ihr Obes ihnen zeigen, daß sie lediglich dazu da sind, ihres Amtes zu walten und sich um politische Strömungen dabei nicht zu kümmern haben. (Beif. Bravo! im Centr. und b. d. Polen.)

Staatssekretär v. Poddiecki:

Der Herr Vorredner wird mir zugeben müssen, daß ich mich bei meinen Maßnahmen niemals von politischen Rücksichten habe leiten lassen. (Obol bei den Socialdemokraten.) Was den erwähnten Fall anlangt, so halte auch ich es nicht für richtig, daß ein gewöhnlicher Brief aus solchen Gründen zurückgewiesen wird. Ganz anders liegt es aber bei den Briefen, für die die Reichs-Postverwaltung eine Verantwortung trägt. Da müssen wir sehr vorsichtig sein, damit wir nicht regreppflichtig gemacht werden für Versehen. Warum wollen Sie ein altes Verhältnis verlassen (Stürmische Heiterkeit), bloß darum, weil Agitatoren dahinter stehen. (Heiterkeit.) Versehen von Unterbeamten können natürlich vorkommen. Wenn Sie zu meiner Kenntnis kommen, sorge ich für Abhilfe. Del will ich nicht ins Feuer gehen.

Sein Verkehr mit dem Ausland haben wir keine Schwierigkeiten, es sei denn, die Adresse sei undeutlich. Undeutliche Adressen machen eine Rückfrage nötig, die kein Strafporto kostet, sondern nur die ordnungsmäßige Gebühr. — Wir haben nicht angefangen (Heiterkeit), und doch wird behauptet, wir machten eine wilde Razzia hinter den Polen her. Das haben wir nicht gethan und werden wir auch nicht thun. Es kann aber auch nicht die Meinung des Hauses sein, daß der Verkehr erschwert werden darf. (Bravo! rechts.)

Abg. Kunert (Soe.):

Ich wünschte nur, daß der Herr Staatssekretär die schönen Grundzüge, die er heute ausgesprochen hat, auch in Thaten umsetzte. Von einer milden Tonart gegenüber den Unterbeamten haben wir bisher nicht viel gemerkt. Unterbeamte sind gemargretelt worden, nicht etwa weil sie zur Socialdemokratie gehörten, sondern weil sie gewerkschaftliche Organisationen hatten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Anschauungen des Herrn Postministers sind im einzelnen nicht aufrecht zu erhalten. Er beschwert sich über den Mangel an guten Adressen, aber die Briefe, die auf den Tisch des Hauses niedergelegt sind, zeigen ausgezeichnete Adressen. Er hob hervor, daß ein großer Mangel an polnisch sprechenden Beamten vorhanden sei und daß deshalb die Wünsche der Polen nicht ausreichend erfüllt werden können. Wenn augenblicklich zu wenig Beamte vorhanden sind, die der polnischen Sprache mächtig sind, dann hat die Behörde einfach die Pflicht, mehr Beamte anzustellen. Wertvoll war es für mich im Munde des Herrn Ministers aus, wie er darüber sagte, daß einem Beamten einmal auf dem Lande von der polnischen Bevölkerung eine Tasse Kaffee verweigert sei. Ja, wie sieht es denn bei uns in Preußen? Da verlangt man von den Beamten, die in irgend einer Beziehung zur Regierung stehen, daß sie Socialdemokraten nicht in ihrem Hause dulden und ihnen keine Wohnung geben. Der Herr Postminister will sich nur im Stande der Abwehr befinden. So liegen die Dinge wirklich nicht. Millionen

Postbestellungen konnten nicht durchgeführt werden. So kommt z. B. der Brief eines Abgeordneten an den Ihnen wohlbelannten Abgeordneten Heinrich Meißner in Hannover nicht bestellt werden. Wir haben von dem Herrn Postminister nicht gehört, daß die Post eine neutrale Institution sein und bleiben soll. Das müssen wir aber zum mindesten von ihm verlangen. Er hat sich leider als Vorgesetzter seiner Untergebenen zum Helfershelfer der Polizei gemacht. Das ist nicht so sehr eine Schädigung des Volentums als vielmehr eine fürchtbare Wlamage für des Deutschum! (Sehr wahr! bei den Polen.) Herr Rören hat bestritten, daß die Polenfrage hier im Reichstoge aufgerollt werden könne. Sie kann aber sehr wohl bei dieser Gelegenheit behandelt werden. Er selber hat ja schon auf Handhabung des Versammlungrechts in Polen hingewiesen. — Der Herr Postminister hält es für so leicht, polnische Namen zu verdeutschen. Wie will er seinen eignen Namen übersehen? Poddiecki heißt soviel wie „Unterweiser“! (Heiterkeit.) Was das heißen soll, ist nicht recht klar. Die Postbehörde hat Mißgriffe und Sondermaßnahmen gegen die polnische Bevölkerung getroffen. Das ist ein Ring in der großen Kette der Sondermaßnahmen gegen die Polen. Diese Kette wird durch die Ausnahmegerichtlichkeit charakterisiert. Ihr begegnet wir auf Schritt und Tritt in den Massenabweisungen der früheren Zeit, in den Ausnahmegerichten der neueren Zeit, auf dem Gebiet der Schulen in den Sondermaßnahmen für die Lehrer, für Schüler, für polnische Eltern, im Religionsunterricht, in der Beförderung der Muttersprache der Polen. Was uns am meisten interessiert, ist die Handhabung des Versammlungrechts und ich frage den Reichskanzler, was er thun will, um das Versammlungsrecht für die polnischen Reichsangehörigen sicher zu stellen. Es ist hauptsächlich aufgehoben und zwar nicht bloß im Posenischen, sondern auch in andern Gebieten des preussischen Staats. In Hamburg, Bremen, Königreich Sachsen werden keine polnischen Arbeiterversammlungen gestattet. (Zuruf: Zur Sache!) Ich spreche durchaus zur Sache. Im sächsischen Versammlungsrecht steht durchaus nicht drin, daß nur Versammlungen, wo deutsch gesprochen wird, stattfinden dürfen. Werden doch auch sächsische Versammlungen ruhig gebildet. Kechnlich steht es im Königreich Preußen, in den Provinzen Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen, Sachsen und Mecklenburg. Ueberall wird der Grumböy aufgestellt. Das Versammlungsrecht deckt sich mit den Grenzen der Sprachkenntnisse der Polizeibehörde. (Rufe: Zur Sache!)

Redner führt eine weitere Reihe von Fällen an, in denen die Abhaltung polnischer Versammlungen verboten wurde.

Vizepräsident v. Frege:

Herr Abgeordneter, ich habe Ihren Ausführungen, welche dahin gingen, Beispiele aus allen Teilen Deutschlands anzuführen, den breitesten Spielraum gelassen; ich möchte Sie bitten, jetzt wieder zum Gegenstand der Interpellation zurückzukommen.

Abg. Kunert (Soe.) (fortfahrend):

Diese Dinge sind zweifellos von derselben Bedeutung wie jene postulierten Reichwerden. — In einem Falle wandten sich die Weichwerdefahrer an die Staatsanwaltschaft. Diese aber erklärte, sie könne in der Sache nichts thun. (Hört, hört! bei den Soe.) — Wenn der größte Grumböydeffener erklärt hat, die Wohnungen der Arbeiter in Ostelbien (Rufe rechts: Post! Post!) seien schlechter, wie die Schweineställe, dann haben diese Arbeiter auch ein Recht, sich in ihrer Muttersprache darüber zu unterhalten. (Rufe: Post! Post!) Wir betrogen die Chinesen, die sich doch nur gegen fremde Eindringlinge wehren (Rufe: Post! Post!) und wir selbst führen einen Krieg im eignen Lande gegen deutsche Reichsangehörige. (Rufe: Post! Post!) Alle Parteien dieses Hauses müßten daran interessiert sein, diesem kämpfischen Kriege ein Ende zu machen. Aber es sieht gar nicht danach aus. Nach dem, was Herr Miquel neulich im Abgeordnetenhaus sagte, können wir aber schwerlich auf ein Ende dieses Krieges hoffen. Er sagte: „Die jetzige Polenpolitik entspricht der öffentlichen Meinung des deutschen Volks, keine andre Regierung läßt sich so viel gefallen wie wir.“ So viel Sätze, so viel Irrtümer, so viel Unwahrheiten. (Stürmische Rufe rechts: Zur Sache! Glode des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege:

Herr Abgeordneter, Sie haben selbst erklärt, Sie wollten nur noch kurze Ausführungen machen, ich bitte Sie jetzt dringend, zum Gegenstande der Interpellation zurückzukehren.

Abg. Kunert (Soe.) (fortfahrend):

Keine Regierung läßt sich so viel gefallen wie die unsrige! Da kommt doch jedem eine kleine geschichtliche Reminiscenz. Sollen sich denn die Polen mit offenen Armen an die biedere Männerbrust des Ministers Dr. v. Miquel hängen? (Große Heiterkeit.) Wenn die Polen heute nicht so entgegenkommend sind, so ist die Regierung selbst daran schuld. In den Polen ist eine der schwersten, gemeinsten Verbrechen begangen worden. Dasselbe, das in Südafrika den Boeren gegenüber geschieht, wo Sie es beurteilen. Was hat denn die Regierung für die Polen gethan? Sie hätte für die Arbeiter eine Socialreform durchzuführen können. (Rufe rechts: Post! Post!) Sie hätte für die Industrie, für den Handel, auch für die Landwirtschaft mehr thun können. (Rufe rechts: Post! Post!) Mit Ausnahmegeretzen wird sie die polnische Bevölkerung nicht zahn machen, denn Ausnahmegeretze helfen immer denjenigen, die man unterdrücken will. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Diesen ungeheuren, verfassungswidrigen Dingen, die Sie treiben, muß ein Ende gemacht werden. Geben Sie den Polen ein freibestimmtes Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht (Rufe rechts: Zur Sache!), dann helfen Sie nicht nur einer einzelnen Partei, sondern dienen dem ganzen Volke, der Kultur und der Zivilisation! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Wir haben unsere Interpellation eingebracht in dem Vertrauen, daß der Reichstag in der Vertretung der Gerechtigkeit seine vornehmste Aufgabe sehe. Ich muß es zurückweisen, daß wir politische Agitation getrieben hätten. Wir haben in der Geschichte unfres Volks schwere Erfahrungen damit gemacht, wozu solche politische Agitation führt. Wir sind nur die aufrichtigen Fürsprecher der Gefühle des Volks, das uns hierher geschickt hat.

In der Verfassung heißt es: wir schließen einen Bund zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volks. (Zuruf bei den Nationalliberalen: der deutsche! hört! hört! im Centrum.) Nein, so eng ist der Begriff deutsch damals nicht gemeint worden, sondern diese Wohlfahrt sollte sich erstrecken auf jeden deutschen Staatsbürger. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß die große Mehrheit des Reichstags sich auf diesen Standpunkt stellen wird. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Das Vorgehen der Postverwaltung gegenüber den Polen berührt nicht nur diese, sondern die gesamte deutsche Bevölkerung. Daß auf die Genauigkeit der Adresse nicht immer so großes Gewicht gelegt wird, beweist zum Beispiel folgender Fall. Ich habe einen Brief gesehen, der die Adresse trug: „Monsieur vor Rasse zu befragen, Berlin, Oranienstraße Nr. 115.“

Dieser Brief ist an die richtige Adresse gelangt. (Hört! hört!) Der Reichs-Postverwaltung muß jede politische Agitation ganz gleichgültig sein, die Sicherheit des Briefverkehrs muß allen Parteien gleichmäßig gewährt werden. Ich frage daher nochmals den Herrn Staatssekretär, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt, um auch den polnischen Reichsangehörigen die Sicherheit des Briefverkehrs zu garantieren. (Bravo! links.)

Staatssekretär v. Poddieleski:

Ich betone, daß es mir lediglich auf Deutlichkeit der Adressen ankommt, es müssen alle Zusätze fortfallen, die uns Schwierigkeiten machen.

Abg. Dr. v. Dziembowski:

Ich konstatiere, daß seitens des Herrn Staatssekretärs keine Anordnung ergangen ist, wonach Briefe mit polnischer Adresse zurückzuweisen sind und daß die Zeitungsnachricht, Herr v. Rheinbaben habe eine solche Anordnung erlassen, unwahr ist.

Abg. v. Stauby (L.):

Wir hielten es nicht für wünschenswert, daß die Debatte auf das politische Gebiet hinübergehe, wie wir es voraussehen, und wie es nun auch gekommen ist, und haben deshalb gegen die Besprechung der Interpellation gestimmt.

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Wir wollen durchaus nicht die polnische Bevölkerung von den Wohlthaten des Deutschen Reichs ausschließen. Im Gegenteil, wir glauben dieses Ziel dadurch am sichersten zu erreichen, daß wir die Polen zu guten Deutschen machen.

Abg. Vonderheer (E.):

Meine Freunde haben volles Verständnis und Mitgefühl für die Beschwerden der Polen. Und geht es ebenso. So ist eine Postkarte mit deutscher Adresse deshalb nicht bestellt worden, weil sie das Wörtchen „madame“ trug.

Abg. Dr. Arzminski (Pole):

Schon im August und September sind Fälle vorgekommen, wo Briefe mit polnischer Adresse als unbestellbar behandelt worden und zwar von Briefträgern, die ein Jahrzehnt lang solche Briefe bestellt hatten.

Staatssekretär v. Poddieleski:

Die Berichte der Oberpostdirektionen konstatieren, daß seit November die Flut der polnischen Adressen hereingebrochen ist. Beschwerden aus Elsaß-Lothringen sind nicht zu meiner Kenntnis gekommen.

Abg. Roeren (E):

betont gegenüber dem Abg. v. Stauby, daß die vorliegende Materie allerdings von großer politischer Bedeutung sei. Die Debatte hat jedenfalls ergeben, daß tatsächlich eine Reihe von Briefen nicht bestellt worden sind, trotzdem sie sehr leicht bestellbar waren.

Abg. Schrempf (L):

Wir Süddeutschen hören ja von Polen wenig, höchstens einmal von polnischem Reichstag oder polnischer Wirtschaft. (Oh! bei den Polen.) Die Herren Polen sollten doch nicht vergessen, daß sie überhaupt froh sein können, die Wohlthaten der deutschen Reichspost zu genießen.

Abg. Kunert (Soc.):

Gegenüber dem Herrn Vordredner will ich nur bemerken, daß es nicht zu verwundern ist, wenn der deutsche Unterricht der polnischen Kinder keinen besonderen Erfolg hat. Wenn 90 Proz. der Lehrer kein polnisch und 90 Proz. der Schüler kein deutsch versteht, so kann allerdings bei dem Unterricht nicht viel herauskommen.

Abg. Haukmann-Wöblingen (südd. Volksp.):

Herr Schrempf hat es für am Platz gehalten, den Polen eine Vorlesung darüber zu halten, was sie thun sollten. Das war sehr deplaciert. (Bravo! bei den Polen.) Ich möchte nur konstatieren, daß Herr Schrempf nicht etwa die Stimmung, die in Süddeutschland herrscht, wiedergegeben hat.

Abg. Schrempf (L):

Der Herr Vordredner hat lediglich konstatiert, daß die süddeutsche Demokratie eine andre Bestimmung hat als die süddeutschen Konservativen und damit hat er ohne Hören eingekamert. Wenigstens hat sich im Punkte der Vaterlandslösigkeit die süddeutsche Demokratie häufiger aus der Konfession gegenüber hervorgetan!

Präs. Graf Balkeström:

Herr Abgeordneter, wenn Sie den Vorwurf der Vaterlandslösigkeit gegen ein Mitglied des Hauses erhoben haben, (Rufe: Rein, nein!) so würde das gegen die Ordnung des Hauses verstoßen.

Abg. Schrempf:

Ich habe selbstverständlich nur gegen die süddeutsche Demokratie in Süddeutschland, nicht hier im Hause mich gewandt. (Gr. Heiterkeit.) Was meinen Durchfall bei den Landtagswahlen betrifft, so bin ich nur durchgefallen infolge einer unverschämten demokratischen Wohl-

lüge: ich sei von den norddeutschen Junkern bestochen. Das haben meine Wähler geglaubt. (Große Heiterkeit rechts.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort:

Abg. Haukmann-Wöblingen (südd. Vp.): Die württembergische Demokratie ist...

Präsident Graf Balkeström: Sie haben keine persönliche Bemerkung im Rahmen der württembergischen Demokratie zu machen. (Heiterkeit.)

Abg. Haukmann-Wöbl.: Ich glaube, daß die Wendung, welche gebraucht worden ist, sich auf meine Person bezog. (Wiederspruch rechts.)

Präsident Graf Balkeström: Dazu liegt keine Veranlassung vor. Sie haben nur das Recht etwas zurückzuweisen, wenn Sie persönlich angegriffen sind.

Abg. Haukmann-Wöbl.: Da der Herr Abg. Schrempf meinen Namen im Zusammenhang genannt hat, gebe ich die Erklärung ab...

Präsident Graf Balkeström: Herr Abgeordneter, ich bitte, daß Sie respektieren, was ich gesagt habe. Sie dürfen nicht Ihren Willen gegen den Präsidenten durchsetzen wollen. (Bravo! rechts.)

Abg. Haukmann (Wöblingen): Ich respektiere, aber ich weise zurück, was gesagt worden ist.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes wegen Versorgung der Teilnehmer an der China-Expedition und ihrer Hinterbliebenen.

Der Reichszentraler tritt den Saal.

Abg. Graf Stolberg-Bernigerode (L):

Wir haben es mit Freuden begrüßt, daß sich so viele Freiwillige nach China gemeldet haben. Das beweist, daß der Idealismus im deutschen Volke noch nicht verkümmert ist. Wenn unsere Truppen nicht diejenigen kriegerischen Vorbeeren haben ernten können, die wir ihnen gewünscht hätten, so kann ihnen daraus natürlich kein Vorwurf gemacht werden.

Reichszentraler Graf Wilow:

Die von dem Herrn Vordredner ausgesprochene Forderung, daß die in der Vorlage vorgeschlagenen erhöhten Gehälter auch den Invaliden aus früheren Feldzügen zugewandt werden, erkenne ich als berechtigt an. (Lebhaftes Bravo!) Ich nehme auch keinen Anstand, eine Aufbesserung der Bezüge aller Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen zur Sicherstellung gegen Not und Sorge für dringlich und unaußschiebbar zu erklären.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem: Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhause.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Thielen, Kommissare.

Zunächst wird der Selegentwurf betr. die Ergänzung der Gesetze über die Errichtung von Roststeinen in erster und zweiter Beratung debattelos angenommen.

Sodann wird die Besprechung der Interpellation Kund-Sänger wegen des Offenbacher Eisenbahnunglücks fortgesetzt.

Abg. Wacco (natl.):

An die preussische Staatsbahn sind noch ganz andre Ansprüche zu stellen, als an eine Privatbahn, namentlich in technischer Beziehung. Aber das ganze System der preussischen Staatsbahnen steht hier hindernd im Weg. Allerdings sind in letzter Zeit Fortschritte gemacht worden, aber es werden nicht genügend Mittel aufgewendet, um die Bahnen in gutem Zustande zu erhalten.

Minister v. Thielen:

Die Angriffe des Herrn Wacco auf die Eisenbahnverwaltung sind ganz ungerechtfertigt, sie waren nach der Art, wie sie im „Vorwärts“ und ähnlichen Blättern erhoben worden sind. Er ist aber den Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben. So lange er diesen Beweis nicht erbringt, weise ich seine Vorwürfe namens der Staatsregierung auf das entschiedenste zurück.

Abg. Feigen (E):

Thüren in der Mitte der D-Wagen wären sehr wünschenswert. Die Gasbeleuchtung ist sehr gefährlich. Ich würde mit einer weniger hellen Beleuchtung vordie nehmen, wenn sie weniger gefährlich wäre. Die elektrische Beleuchtung ist sicher weniger gefährlich als Gas. Die Gefahr des Kurzschlusses kommt kaum in Betracht.

Abg. Fund (fr. Vp.):

Die persönlichen Angriffe des Ministers auf den Kollegen Sanger waren meines Erachtens nicht gerechtfertigt. Ich muß es aber dem heute verhinderten Kollegen selbst überlassen, bei nächster passender Gelegenheit dem Minister zu erwidern.

Die Besprechung der Interpellation wird durch einen Schlusstratag geschlossen.

Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. Dr. v. Korn-Rudelsdorf (L), nach welchem die königliche Staatsregierung ersucht werden soll, die geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei dem Verschleiß der Kohlenproduktion und der daraus entstehenden erheblichen sozialen und materiellen Schäden zu ergreifen.

Ab. Dr. v. Korn-Rudelsdorf (L)

begründet den Antrag. Die Kohlenfrage ist schon im Reichstag besprochen worden. Die Erklärungen, die dort von den Ministern Thielen und Wessel abgegeben worden sind, können uns aber in keiner Weise genügen. Acht Tage, nachdem die Minister einen natürlichen Rückgang der Preise vorausgesetzt hatten, erließ das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat eine Erklärung, wonach die Produktion eingeschränkt worden ist.

Minister für Handel und Gewerbe Wessel:

Von einem monopolistischen Vertrieb der fiskalischen Kohle ist nicht die Rede. Ich habe sogar das Bestreben, den Händlern die Kohle so weit als möglich zu entziehen und sie privaten Konsumenten und Genossenschaften zuzuwenden. Ich glaube auch, daß es gar nicht im Interesse der Genossenschaften liegt, wenn sie allzu viel Kohlen übernehmen. Sinkt der Kohlenpreis, wird ausländische Kohle billiger angeboten, dann wird es den Genossenschaften schwer werden, ihre Genossen an der Strippe zu halten.

Abg. Thmer (fr.):

Im Interesse eines regelmäßigen Absatzes von Kohle können die Händler nicht völlig entbehrt werden. Auch ein Ausfuhrverbot zu erlassen ist unmöglich, da wir in normalen Zeiten vollkoeffizientlich auf den Export von Kohlen angewiesen sind.

Abg. Gothein (fr. Vg.):

Der Handel ist notwendig, darin hat der Minister recht, er ist aber kein Uebel, sondern ein Vorteil. Der Handel erschließt neue Absatzgebiete, er ist gar nicht zu entbehren. Wir haben zwei strenge Winter gehabt, es herrscht in der Montanindustrie Arbeitermangel. Das ist nicht zu übersehen.

Abg. v. Kessel (L):

Es hat eine sehr große Kohlennot bestanden. Ich selbst habe darunter gelitten und habe einen Wagon Kohle nur mit Hilfe meiner Köchin bekommen, die im Kohrevier einen Bruder hat. (Große Heiterkeit.) Die Beunruhigung ist von den Großhändlern absichtlich genährt worden. Ich beantrage eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. v. Gynern (natl.):

verteidigt das Kohlenyndikat, das eine Gleichmäßigkeit der Kohlenpreise herbeigeführt habe. (Redner ist auf der Tribüne nur sehr schwer verständlich.) Die Kohlenpreissteigerung hat ihren Grund in den hohen Arbeiterlöhnen wie überhaupt in den erhöhten Produktionskosten. Die englische Kohle ist noch viel erheblicher gestiegen als die deutsche.

Die Abstimmung über einen Schlusstratag bleibt zweifelhaft. Der Schlusstratag gilt als abgelehnt.

Der Präsident schließt sich aber einem vorstehenden Beratungsantrag an.

Die Beratung wird vertagt.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung und zwar Etat der Reichsverwaltung, 2. Fortsetzung der heutigen Debatte. 3. Wahlgesetz-Anträge Wiener-Barth, und 4. Feuerbestattungs-Antrag Langerhaus.)

Schluß 4/4 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Sommer. Außer etwa der Moskauer Erziehungsanstalt in Wilna... Briefkasten der Redaktion. Sommer. Außer etwa der Moskauer Erziehungsanstalt in Wilna...

Marktpreise von Berlin am 23. Januar 1901

Table with market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Columns include item name, unit, and price.

Produktenmarkt vom 24. Januar. Der heutige Getreide-... Produktenmarkt vom 24. Januar. Der heutige Getreide-

an, die für Roggen schwächen sich im Verlauf leicht ab... an, die für Roggen schwächen sich im Verlauf leicht ab

Table with weather forecast for Friday, Jan 25, 1901. Columns include station, temperature, and weather conditions.

Witterungsüberblick vom 24. Januar 1901, morgens 8 Uhr.

Table with weather overview for Jan 24, 1901 at 8 AM. Columns include station, temperature, and weather.

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Januar 1901. ... Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Januar 1901.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Theater. Freitag, 25. Januar. Opernhaus. Der fliegende Holländer. Anfang 7 1/2 Uhr.

URANIA

Taubenstr. 48/49. Im Theater Freitagabend 8 Uhr: Mittelmeerfahrten.

Central-Theater.

Die Schöne von New York. (The belle of New York.)

Thalia-Theater

Amor und folgende Tage: Amor von Heute.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das durchweg neue und phänomenale Januar-Programm!

Apollo-Theater.

Phänomenaler Erfolg: Valentine Petit. Les Minstrels parisiens.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165. Nur noch kurze Zeit: Die wilden Weiber aus Dahomey.

Reichshallen

Stettiner Sänger. Zum Schluss: Cavalleria schufficiana.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Nord-Sänger.

Charlottenburg.

M. Schmerberg (4922) Wilmersdorfer-Strasse 127. Uhrmacher und Goldarbeiter.

Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 25. Januar 1901, abends präzis 7 1/2 Uhr: VII. grosses internationales Rennen.

Metropol-Theater.

Beckstr. 55/57. Täglich 1/8 Uhr: Eine tolle Nacht.

Erstes Gastspiel der

Mdme. Yvette Guilbert. Das sensation. Debüt der American Zouaven.

Gustav Schwarzkopf

Staligerstr. 11 (genannt Teufel). Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr.

Gustav Schwarzkopf

(genannt Teufel), Staligerstr. 11. Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr.

Gustav Schwarzkopf

(genannt Teufel), Staligerstr. 11. Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr.

Chiller-Theater

(Dalkner-Theater). Freitagabend 8 Uhr: Freiwild.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Zum letztenmal: Die Anne-Lise.

Passage-Theater

Unter den Linden 22. D-Vorstellung: Familie Neu!

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen.

Cirkus Busch

Freitag, den 25. Januar 1901, abends 7 1/2 Uhr: Großer Glanz-Gala-Abend.

W. Noacks Theater.

Brunnstr. 16. Die Grille. Ländliches Charakterbild in 5 Akten.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Specialitäten.

Berliner Stadtbrauerei.

Amt III 8884. Belforterstrasse No. 4. Wir empfehlen unsere vorzüglichen Tafelbiere u. liefern:

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote

empf. Großfabrik Witter, Müllerstr. 31. Riebecking. d. Vofate erkenntlich.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wunden auf 10 Pf. Anweisung frei.

Todes-Anzeige.

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater Hermann Eichelbaum

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht daß unser Mitglied, der Arbeiter Hermann Eichelbaum

Verband der Möbelpolierer.

Nachruf. Den Mitgliedern des Verbandes der Möbelpolierer zur Nachricht, daß unser Kollege

Fr. Panknin.

Cranienstr. Nr. 178. II. Woblerstr. 21. Ede Cranienstr.

Ein wohlbekömmliches Frühstück

Ist von größter Wichtigkeit. Wer Bohnenkaffee trinkt, sollte stets einen großen Zusatz von Kathreiners Malzkaffee nehmen...

V. Wahlkreis.
 Freitag, den 25. Januar 1901, abends 8 1/2 Uhr,
 im „Schweizer Garten“ am Königsforst:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über „Unser Ziel und unsere Wege“ (II. Teil). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bitten
 Der Vertrauensmann.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.
Branchen-Versammlungen
der Berliner Mitglieder.
Filiale I: Geschirr- und Galanterie-Branche
 am Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Hofstraße 3.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Waldeck Hannasse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 159/3
Filiale II: Treibriemen-Branche
 am Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.
Filiale III: Koffer- und Taschen-Branche
 am Dienstag, den 29. Januar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Seitenflügel).
Filiale IV: Militäreffekten-Branche
 am Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal VII.
Filiale V: Teppich- und Linoleum-Branche
 jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20.
Filiale VI: Wagen-Branche
 Dienstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wörstel, Jägerstr. 35/37.
 Um recht regen und zahlreichen Besuch bitten

Die Vorstände.
 Sonnabend, den 2. März 1901: Großer Wiener Maskenball im sämtlichen Räumen des „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15. Eintreten 8 Uhr. Anfang 9 Uhr. Biletts sind in allen Versammlungen, sowie bei folgenden Kollegen zu haben: H. Lütke, Langestr. 103, 3 Tr.; J. Hobermann, Waldemarstr. 57, Hof 4 Tr.; A. Jähde, Faldensteinstr. 30, 2 Tr.; D. Kleinod, Borsdorfstr. 13, 2 Tr.; H. Wagner, Rixdorf, Pommerstr. 4, 2 Tr.; und E. Richterberg, Kaldenstr. 62, prt. Um recht rege Beteiligung ersucht
Das Vergütungs-Komitee.

Achtung!
Holz- und Bretterträger, sowie Brettschneider
 Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 27. Januar 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, im königshofischen Kasino, Holzmarktstr. 72:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung der Vorstandsarbeiten und Neuwahl derselben, sowie der Revisoren. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Gewerkschaftliches.
 Es ist Pflicht jedes Kollegen, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zu erscheinen. Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.
 Am Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Lipke, Weichhorststraße 15:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Paul Bernstein über: „Wohnungs-Hygiene“. 2. Beschlussfassung über das diesjährige Sommer-Vergnügen. 3. Vereinsangelegenheiten. 198/2
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass.
NB.: Unser Maskenball findet am 2. Februar im neuen großen Saal des Herrn Klemm, Finkenstraße 13, statt und sind Biletts bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Rege Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Berlin
 (Mitglied des Arb.-Radf.-Bunds „Solidarität“.)
 Unser diesjähriger **Maskenball** findet am
26. Januar
 im Saale **Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11,**
 statt. Anfang 9 Uhr. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Biletts sind bei den Mitgliedern zu haben. 11/4

Achtung!
 Sonntag, den 27. Januar, abends 1/6 Uhr, im „Kösliner Hof“,
 Köslinerstraße 8:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Clara Zeilin (Stuttgart) über: „Welches Interesse haben die proletarischen Frauen an der Kommune?“ 2. Diskussion.
 Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Vertrauensperson.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Branchen-Versammlung der Drechsler
 Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 37c.
Tages-Ordnung: 1. Die Vorkommnisse in der Eisenhölzler-Branche. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Ergänzungswahl des Gesellenausschusses. 3. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher
 Sonntag, 27. Januar, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Werkstätten-Kontrollkommission. 2. Neuwahl derselben. 3. Vorschläge für drei Gesellen zum Junggesellen-Ausschuss.
 Kollegen, die Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen; ganz besonders sind die bei Junggesellenwahlen befähigten Kollegen verpflichtet, zu erscheinen.
Versammlung der Bügelmacher, Büstenmacher und verwandter Gewerbe
 Sonntag, 27. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Witke, Andreasstr. 26.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen von Oranien, Köpenick, Neukölln sind besonders eingeladen. — Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Versammlung der Einseker
 Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Neuwahl der Kommission und der Vertrauensmänner sowie des Kassierers. 3. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Kommission.

Maskenball
 am Sonnabend, den 26. Januar 1901,
 in den gesamten Räumen von
Keller, Koppen-Strasse 29,
 und bei
Wernau, Schwedter Straße 23-24.
 Biletts auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus
Biletts 50 Pf.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt. Die Beitragssammler wünschen am Sonnabend des Maskenballs wegen von 7-9 Uhr auf den Zahlstellen zu kassieren. Die Mitglieder werden ersucht, dies zu berücksichtigen. 77/3

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. H. 3 Hamburg).
Oertliche Verwaltung Berlin D. Moabit.
 Sonntag, den 27. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, in der Kronenbrauerei (oberer Saal), Alt-Moabit Nr. 47-49:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Kassensbericht vom 4. Quartal 1900. 2. Wichtige Kassensangelegenheiten. 3. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.
Sonnabend, den 2. Februar 1901,
 in den beiden Sälen der „Kronenbrauerei“, Alt-Moabit 47-49:
Grosser Wiener Maskenball.
 Zum Besten der ausgefallenen Mitglieder.
 Nach der Kassepause: **Blumenpolonaise.** Biletts sind bei allen bekannten Mitgliedern sowie in obiger Versammlung zu haben. 182/1

Achtung!
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Ortsverwaltung Berlin C.
 Sonntag, den 27. d. M.,
 vormittags 10 1/2 Uhr d. Werner,
 Bismarckstr. 59:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
 1. Kassensbericht vom 4. Quartal 1900. 2. Verschiedene Kassensangelegenheiten. Um recht rege Beteiligung wird ersucht. 182/2
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Die Ortsverwaltung.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands.
 Freitag, den 25. Januar, abends präzis 8 1/2 Uhr:
Ansserordentl. General-Versammlung
 im gr. Saale des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
Anträge: Erhöhung des Sozialbeitrags usw. (Auf Grund der Annahme des Antrags Bethle „Erhöhte Unterstützung für arbeitslose Kollegen für die Monate Januar und Februar“).
 Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.
 Mitgliedsbuch legitimiert. 20/4
 Der Vorstand.

Achtung!
Brauerei-Arbeiter!
 Der feiner Zeit mit den ringfreien Brauereien vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird von der Direktion des Münchener Brauhaus Akt-Ges., Johannistr. 18/19, nicht anerkannt. 41/5
Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend. J. A.: Richard Schüller.

Arbeiter!
Organisiert den Konsum!
 Berliner Konsum-Genossenschaften und Umgegend:
 (Eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftung)
Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.
 1. Verkaufsstelle: Rixdorf, Ziehmstr. 31.
 2. Berlin, Paderstr. 38.
 3. Berlin, Faldensteinstr. 6.
 4. Rixdorf, Sobrechtstr. 32.
Konsum-Verein Berlin-Nord.
 1. Verkaufsstelle: Binetaplag 1.
 2. Chorinerstraße 46.
 3. Putzmannstraße 19.
 Kaufmannsstellen: Moabit, Pankstr. 10 bei Herr. Schulzstr. 29 bei Kleinert. Pankow, Berlinerstr. 78 bei Frau Werner.
Konsum-Verein Berlin-Süd.
 1. Verkaufsstelle: Andritze 5.
 2. Gräfstraße 40.

Konsum-Verein Charlottenburg
 1. Verkaufsstelle: Wilmerdorferstraße 27.
Konsum-Verein für Schöneberg und Umgegend. 1. Verkaufsstelle: Apffel-Paulusstraße 27.
Konsum-Genossenschaft Friedrichshagen u. Umgeg.
 1. Verkaufsstelle: Friedrichstraße 98.
 Geöffnet von 8-8 Uhr. Sonnabends bis 9 Uhr. Sonntags geschlossen.
 Der Verkauf findet nur an Mitglieder statt. Die Mitgliedschaft kann in jeder Verkaufsstelle gegen Einzahlung von 50 Pf. erworben werden.
Frauen, Arbeiter! Hiermit ist Euch eine Gelegenheit geboten, Eure Lebenshaltung zu verbessern, Eure wirtschaftlichen Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Schließt Euch obengenannten Konsum-Vereinen an. Frauen! Verschont Euch Kundenschaft nicht!
 NB. Auskunft geben die betreffenden Vorstände der Vereine. 98/7

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Rekoration. gutes Geschäft, wegen Krankheit meiner Frau sofort zu verkaufen. Vier, Alte Jakobstr. 119. 4688/2
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*
Vorfürjige elegante Herren-Winterpaletts und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Betten, Steppdecken, Gardinen preisbillig Verkaufshaus Reanderstr. 6.
**Teppiche, Remontierarbeiten, Regulauren, preisbillig Verkaufshaus Reanderstr. 6. 49/13
**Wirtschaft, Kuchbrenn, preisbillig, auch einzeln Gartenstraße 148, I. Untfl.
Nähmaschinen: Adler, Arano, Ringel, Bobbin, Waack und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Kolonnen Wangenstraße 118. 465R*
**Kanarienhöhne, Buchweizen, billige Kränze, Bismarckstraße 38. 463*
**Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft. Sämtliche Ringel, Bobbin, Adler, Schneidnäher, auch rührwerklos, ohne Anschlag, vollständig 1.-, fünfjährige Garantie. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Breite, Turmstraße 39; II. Geschäft Bernauerstr. 42. 1147/2*
Schaufgeschäft billig zu verkaufen, zu erfragen bei Robert Wengels, Frankfurterstraße 133. 140********

Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexandrinenstraße 7, Hof 2 Treppen. 1438*
**Teppiche mit Farbenfäden, Fabrikneubereite Große Frankfurterstraße 9, parterre. 39*
Waschmaschinen! Sparsysteme! 7,00 10,00. Refektor 14,00! Waschtisch, Spinnloch, 6,00! Wohnhaier, Bolnertheaterstraße 32. 1913B
**Sonntag Kaninchenmarkt, Juch und Schlachtvieh, Marienburgerstraße 49, Restaurant. 466*
**Reinigen, Tischläufer, hochfeine, Bleichelentner frei Wohnung 3 Mark. August Heine, Halberstadt. 2220B
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
**Nähmaschinen, Adler, Arano, Schneidnäher, Ringel, sowie Waack und Wringmaschinen auf Teilzahlung, Kolonnen Wangenstraße 118. 2233B
Kanarienvögel billig. Brandt, Holzmarktstraße 9. 2230B
**Fahrräder, verlässige, preisbillig, Neue Schönhauserstraße 11. 90/2
Fahrrad verkauft billig Köllnische Straße 15 II Untfl. 2235B
**Schaufgeschäft, Drochsenhändler, Vieh 1400, verkauft Urbanstraße 185. 2238B
Klempner mit langjähriger guter Kundenschaft zu verkaufen Berlin, Neue Friedrichstraße 109 beim Berwallter. 4114
Kanarienvögel, große Auswahl, Buchweizen 1 Mark, fünfjährige, Vorkauf 1,50, Vogelhandlung Cranienerstraße 87. 2234B************

Vermietungen.
Zimmer.
 Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Courgebäude III, bei Binne Rosenthal.
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Müller, Wulsdorferstraße 27.
Stellenangebote.
Gesangslehrer für einen Männer-Gesangverein verlangt. Zu melden bei H. Wiebelschel, Restaurateur, Wartmannstraße 48. 2207/2
Reisende können mit 10-25 Mark gutes Geschäft machen mit immerwährend neu herauskommenden Artikeln in Berlin und nächster und weiterer Umgegend. Rein Wills. Offizier B. O. Postamt O. 25 Berlin.
Mantel auf bessere Qualität, außerdem ganz, Stück 1,70-2,35, verlangt O. Frig, Fustienstraße 34.
Mädchen für alles finden die besten Stellen nur im Vermittlungscomptoir Frauenstraße 33. 2206B

Die moderne Arbeiterbewegung in England.

Die Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur hatte das vorstehende Thema auf die Tagesordnung ihrer am Mittwoch im Rathsaal abgehaltenen Monatsversammlung gesetzt und dadurch ein überfülltes Haus bekommen. Außer den Anhängern der genannten Gesellschaft hatte sich ein zahlreiches Publikum aus gewerkschaftlichen Arbeiterkreisen eingefunden.

Der Referent, Herr William Sanders, ein Mann, der seit Jahren in der englischen Arbeiterbewegung thätig ist, begann mit einer Darlegung des Wesens der älteren englischen Gewerkschaften, der Trades-Unions.

Anfang der achtziger Jahre begann sich der Einfluß der socialdemokratischen Agitation auf die englische Arbeiterbewegung bemerkbar zu machen. Zwar wollten die Mitglieder der Gewerkschaften, ebenso wie die der Konsumgenossenschaften, die gleichfalls einen wesentlichen Bestandteil der Arbeiterbewegung bilden, nichts von socialistischen Bestrebungen wissen. Aber die Agitation der Socialistischen Föderation trug doch dazu bei, daß den Arbeitern die Augen geöffnet wurden über die politische Macht, welche sie auszuüben im Stande sind. Andererseits wurden auch die Bestrebungen der Föderation, namentlich infolge der großen Demonstrationen der Arbeiterlosen in London im Jahre 1885 weiteren Kreisen bekannt. Wenn auch zu jener Zeit Tausende von Mitgliedern der Föderation beitraten, so erfüllte sich doch die Hoffnung der Führer, eine selbständige politische Arbeiterpartei ins Leben zu rufen, nicht, denn die Massen der Arbeiter konnten von der Notwendigkeit selbständigen politischen Wirkens nicht überzeugt werden, aber auf dem Grund der socialdemokratischen Agitation erwuchs eine neue Auffassung der gewerkschaftlichen Thätigkeit — der Re-Unionismus, der zwar keine socialdemokratische, aber eine ausgesprochen socialistische Tendenz hat. Seine Lehren fanden zumeist unter den von den alten Gewerkschaften ausgeschlossenen ungelerneten Arbeitern Anklang, deren Organisation zunächst langsam wuchs, bis ihr der Dood-arbeiter-Streit im Jahre 1889 eine große Aufgabe brachte. Dieser gewaltige, mit einer neuen Kraft siegreich durchgeführte Kampf lieferte den Beweis, daß es möglich sei, auch die ungelerneten Arbeiter nach dem Muster der Gewerkschaften zu organisieren. Außer den Doodarbeitern organisierten sich auch die ungelerneten Arbeiter anderer Berufe.

Jetzt glaubte man die Zeit gekommen, um die Arbeiter auch politisch selbständig zu organisieren. 1892 wurde die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (Independent Labour Party) gegründet. Ihr erster großer Erfolg war der, daß die Kommunal-Verwaltungen der großen Städte für die von ihnen beschäftigten Arbeiter die Forderungen der Gewerkschaft anerkannten. Ein weiterer Erfolg ist der, daß die Regierung im Jahre 1893 eine Resolution annahm, welche den Grundlag aufstellt, daß jeder Arbeiter einen angemessenen Lohn erhalten muß. Dieser Grundlag wird bei allen öffentlichen Arbeiten befolgt. In allen staatlichen Dienststellen ist der Achtstundentag eingeführt. Betreffs der Arbeitslosigkeit hat das Unterhaus anerkannt, daß die Gesellschaft die Pflicht hat, diejenigen Arbeiter zu beschäftigen, die in Privatbetrieben keine Arbeit finden können. Infolge dessen sind denn auch in den Wintern 1898-99 viele Arbeitslose durch Zuweisung öffentlicher Arbeiten über die härteste Not hinweggeholfen worden. Das alles sind Erfolge der Organisation der Arbeiter.

Nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet machte sich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation bemerkbar. Politisch sowohl der konservativen wie der liberalen Partei bewarben sich um die Stimmen der Gewerkschaftler. Weil also die Gewerkschaften auf beide politische Parteien einen Druck ausüben konnten, und auch weil sie mit ihren wirtschaftlichen Erfolgen zufrieden waren, verloren sie wieder das Interesse für die unabhängige Arbeiterpartei.

Obgleich die dritte Partei (die der Arbeiter) in der politischen Vertretung noch fehlte, hatte sie auf kommunalem Gebiet Einfluß erlangt. Während früher die der Allgemeinheit dienenden Unternehmungen von Privatleuten als Monopol betrieben wurden, werden sie jetzt mehr und mehr in städtische Regie genommen. Die Unabhängige Arbeiterpartei betont die sozialen Verpflichtungen der Gemeinde. Durch ihr Wirken haben sich die Begriffe der Bürger über die Aufgaben der Gemeinde vertieft. Konservativ wie liberale Staatsmänner betrachten es jetzt als eine Pflicht der Kommune, Arbeiterwohnungen herzustellen, wenn das Wohnungsbedürfnis der Arbeiter durch die private Bauhätigkeit nicht gedeckt wird.

Der neue Geist der gewerkschaftlichen Bewegung hat auch auf die Konsumgenossenschaften eingewirkt und sie veranlaßt, sich höhere Ziele zu stecken als die früher ausschließlich betriebene Dividendenjägeri. Gewerkschaften und Konsumvereine tragen bei zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Die bisherigen vergeblichen Versuche, eine starke politische Arbeiterpartei zu schaffen, haben zur Auslösung neuer Grundzüge des politischen Wirkens geführt mit dem Erfolge, daß namentlich zwei Socialisten als Vertreter der Arbeiterinteressen im Parlament sitzen.

Es ist schwer die Ertragenschaften der englischen Arbeiterbewegung auf ideellem Gebiet scharf zu umgrenzen. Auf materiellem Gebiet haben sie Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit erzwungen. Der Arbeiter kann jetzt in allen großen Städten Wohnung und Kindererziehung von der Gesellschaft verlangen. Langsam wird auch die Armenpflege im socialistischen Sinne verbessert.

Die Ursache, weshalb wir in England nicht zu einer starken, selbständigen Arbeiterpartei kommen, ist die: Für die politische Freiheit brauchen wir in England nicht mehr zu kämpfen, denn die hat der Arbeiter ebenso wie jeder andre Staatsbürger. Auf der andern Seite aber ist die sociale Revolution oder besser gesagt: die sociale Evolution bereits in vollem Gange. Der Sinn der englischen Arbeiter ist mehr auf die Erreichung praktischer Erfolge als auf theoretische Erörterungen gerichtet.

Was nun die ethischen Probleme der Arbeiterbewegung betrifft, so hat man geglaubt, der ethische Stand der Arbeiterklasse werde sich in gleicher Weise heben wie ihre materielle Lage. Das ist in England nicht geschehen. Die Arbeiter haben sich, seit ihre materielle Lage sich in den letzten 20 Jahren gehoben hat, in hohem Maße am Sport aller Art beteiligt. Es ist aber nicht richtig, wenn man hieraus schließt, daß die materielle Hebung ein Sinken des moralischen Gefühls der Arbeiter zur Folge gehabt habe. Im Gegenteil: Das moralische Empfinden der englischen Arbeiter hat sich — wenn auch nicht in demselben Maße wie die materielle Lage — gehoben, und es ist seiner wie das moralische Gefühl der bürgerlichen Klasse. Das beweist der entschiedene Protest von 1 1/2 Millionen englischer Arbeiter gegen den Transvaalkrieg, der von der bürgerlichen Klasse mit wenigen Ausnahmen gebilligt wird. Es ist unzweifelhaft, daß der englische Arbeiter einen höheren ethischen Standpunkt erreicht hat. Das ist wesentlich die Folge der Wirksamkeit der socialistischen Führer.

Das Wahrscheinliche für die Zukunft ist, daß die Arbeiter zusammen mit der Linken eine neue demokratische Partei bilden werden. Die alten Parteien haben ihre Bedeutung verloren. Das sieht man ein. Wenn die englische Arbeiterpartei anerkennt, daß die Demokratie, wenn sie dem Wohl der Gesamtheit dienen soll, die höchsten ethischen Anforderungen an den Einzelnen stellt, dann wird sie sich ein bleibendes Verdienst um die Fortentwicklung der Gesellschaft erwerben. (Lebhafter Beifall.)

Dem Vortrag folgte eine ausgedehnte Diskussion, die naturgemäß weniger auf den Inhalt des Vortrags als auf den naheliegenden Vergleich zwischen englischer und deutscher Arbeiterbewegung bezog.

Nachdem zuerst einige Redner gesprochen hatten, die an die letzten Ausführungen des Vortragenden anknüpfend, für die Förderung der ethischen Bestrebungen, die ebenso notwendig seien wie die materielle Hebung, eingetreten waren, kamen unsere Parteigenossen Max Kiesel und Waldek Manasse zum Wort. Sie betonten, daß in dem Klassenkampf, wie ihn die deutschen Arbeiter führen, ein hohes ethisches Moment zur Geltung komme. Die deutsche Socialdemokratie habe den Klassenkampf stets unter dem Gesichtspunkt geführt, daß das materielle und sittliche Wohl der Gesamtheit gefördert werden muß. Wenn 1/2 Millionen englischer Arbeiter gegen den Transvaalkrieg protestierten, so sei das auch ein Moment des Klassenkampfes, denn Imperialismus und Weltpolitik seien ja doch Mittel zur Förderung kapitalistischer Interessen. Von dem ethischen Einfluß der deutschen socialdemokratischen Bewegung lege der Umstand Zeugnis ab, daß überall, wo die Socialdemokratie sich ausbreite, die Sittlichkeit des Volks sich hebe und die Kriminalität zurückgehe. Die politischen Verhältnisse in England und Deutschland seien so verschieden, daß sich ein Vergleich nicht anstellen lasse. Wie bei uns die Dinge liegen, könnten die Arbeiter nicht anders, als sich noch wie vor der bewährten Führung der Socialdemokratie andertauen. Ein Herr Salinger meinte, die deutsche Socialdemokratie sei bedauerlicherweise nur auf politischem, aber nicht auf gewerkschaftlichem Gebiet thätig gewesen. Wenn sie ethisch gewesen wäre, dann hätte sie es umgekehrt machen müssen. Aber nun habe ja Bernstein den Socialdemokraten die Augen geöffnet. — Diese Ausführungen veranlaßten unsern Genossen Hugo Borchs noch in später Stunde das Wort zu nehmen und auf die mangelhaften Gesichtspunkte des Vortrags hinzuweisen. Socialdemokraten waren es, die in Deutschland die ersten Gewerkschaften gründeten. Diese wurden aber zerstört durch die Behörden, durch die Wirksamkeit Lessendorfs und durch das Socialistengesetz. Wer behauptet, daß die deutschen Gewerkschaften noch nicht so weit sind wie die englischen, der mag sich an diejenigen wenden, die durch das Socialistengesetz die Gewerkschaften niedergewappelt haben. England und Deutschland kann man ebenso wenig vergleichen, wie Deutschland und Rußland. Unsere politischen Verhältnisse sind noch so rückständig, daß wir überall auf die Reste des Feudalismus stoßen und gegen sie zu kämpfen haben. Daher mag es kommen, daß die deutschen Arbeiter mehr politisch wie gewerkschaftlich thätig sind. Aber in den letzten Jahren ist es auch auf gewerkschaftlichem Gebiet weiter gegangen. — Eine besondere ethische Bewegung ist in Deutschland nicht so notwendig. Wer auf diesem Gebiet arbeiten will, den werden wir gewiß nicht hindern, aber das muß anerkannt werden, daß unser Klassenkampf Momente von hohem ethischen Wert zeigt. Man sieht doch, überall wo kurze Arbeitszeit herrscht, macht sich der Wohlstand der Massen bemerkbar. Welch ein Unterschied ist z. B. in dieser Hinsicht zwischen dem großstädtischen Arbeiter und dem bei langer Arbeitszeit und geringem Lohn vegetierenden schlesischen Weber. — Wenn bei einem Streit, wo es sich doch nicht immer um Lohn, sondern um Anerkennung der Organisation, der persönlichen Freiheit des Arbeiters und anderer idealer Dinge handelt, die weitgehendste Solidarität und der größte Opfermut Tausender von Arbeitern sich bekundet, so ist doch das auch ein bedeutendes ethisches Moment. Ist es nicht ein Zeichen hohen sittlichen Empfindens, wenn in Stettin und Aiel die Werftarbeiter für den Socialdemokraten stimmten, obwohl sie wissen, daß derselbe gegen die Schiffbauten ist, die ihnen doch Beschäftigung bringen. Gewiß, die besseren materiellen Verhältnisse bedeuten nicht ohne weiteres die Ethik des Einzelnen. Aber unsere Arbeiterbewegung ist in hohem Maße ethisch, denn sie setzt an Stelle des Egoismus den Altruismus. Diesem sowie den vorbergehenden Rednern unserer Partei wurde von der Mehrheit der Anwesenden stürmischer Beifall spendet. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten hatte die Versammlung gegen Mitternacht ihr Ende erreicht.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Parteigenossen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß am Mittwoch, 30. Januar, abends 8 Uhr im „Friedrichshaldischen Kasino“ (früher Martens), Friedrichstraße 236, eine Volksversammlung stattfindet. Reichstags-Abgeordneter Genosse H. Mollenhuth hat das Referat über „Die neuen Handelsvorlage und die Arbeiterinteressen“ übernommen. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Vertrauensleute.

Reinickendorf. Den Wählern der 3. Abteilung zur Gemeindevorstandswahl wird hiermit bekannt gegeben, daß die Wählerliste im hiesigen Amtsbureau bis zum 20. d. Mts. zur Einsicht ausliegt. Es ist jedermanns Pflicht, sich von seiner Eintragung rechtzeitig zu überzeugen, da ein späterer Protest nutzlos ist. Es haben sich daher für die Wähler, welche durch Umstände verhindert sind, folgende Personen zur Einsicht in die Wählerliste erboten: Reinickendorf-Ost: Die Restaurateur Pöppeler, Provinzstr. 45; Scholt, Gesellschaftstr. 11; Walsch, Meißenerstr. 101a und Krüger, Rodbahnstr. 15; der Tischlermeister Kleinmann, Provinzstr. 44 und Otto Neblung, Hausotterstraße 75 sowie der Restaurateur Basse, Gesellschaft- und Seefraßen- Ecke. (Reinickendorf West): die Restaurateur Engel, Eichhornstr. 69; Kluge, Berlinerstr. 42; Kohnsamt, Scharnweberstr. 18; Wilhelm Reichert, Spandauer Weg 4. Wer verhindert ist, aufs Amtsbureau zu gehen, wolle an einer dieser Stellen seine Adresse niederlegen.

Ober-Schöneweide. Sonnabend findet bei Töpfer die Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. U. a.: Abrechnung der Uronabilität. Aufnahme neuer Mitglieder.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern die Wahl des Stadtschulrats für das Volksschulwesen vollzogen. Die „Lute Linke“ mit der „Faction Romanen“ stimmte für den Stadtverordneten Realgymnasial-Direktor Gerstenberg, die „Reine Linke“ und die socialdemokratische Fraction für den Stadtschul-Inspektor J. W. Gerstenberg erhielt 79 Stimmen, Juid 45. Die ausschlaggebenden Fractionen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben sich nicht entschieden, die Leitung des Berliner Volksschulwesens einem Ranne anzuvortragen, der wie Juid, fast ein Vierteljahrhundert im Dienste der Berliner Volksschule steht und sich in dieser Stellung bewährt hat. Sie haben Herrn Gerstenberg für den geeigneteren Mann gehalten. — Herrn Gerstenberg, der das Volksschulwesen Berlins nur von weitem kennen gelernt hat! Ihr Auserkoren bringt allerdings die nötige „Besonnenheit“ mit, das war Empfehlung genug für ihn. Er ist kein Stürmer und Dränger, von ihm sind keine großen Reformvorschlüge zu erwarten — den Mann kann man gebrauchen! —

Der von unsern Genossen gestellte Antrag, betreffend die zur Herabminderung der Säuglingssterblichkeit in Berlin zu ergreifenden Maßregeln, ist von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen worden. Genosse Freundberg, der den Antrag begründete, entwarf ein scharf umrissenes Bild der elenden Verhältnisse, in die die Kinder des Proletariats hineingeboren werden, in denen sie aufwachsen, unter deren Einfluß sie oft rasch wieder dahinscheiden. Der Magistratsvertreter Stadtrat Strahmann bereitete der Versammlung die Ueberraschung, sich von vornherein gegen die in dem Antrag geforderte gemischte Deputation zu erklären, die die zu ergreifenden Maßregeln beraten soll. Es möge ja doch nichts, sagte er, und was sich etwa in dieser Sache thun lasse, das habe die Massenverwaltung bereits gethan. Herr Strahmann sahien übersehen zu haben, daß die Antragsteller nicht nur an die Wasserkinder, sondern an die

Gesamtheit der Berliner Säuglinge gedacht haben. Ob der Magistrat dem Beschluß der Versammlung beitreten und sich zu der geforderten Beratung in gemischter Deputation bereit finden lassen wird, ist leider fraglich.

Die Angelegenheit des vom Magistrat vorgeschlagenen Ankaufs von Aktien der ehemals Siemens u. Halske'schen Straßenbahnen wurde durch Annahme der Magistratsvorlage erledigt. In der Debatte wurde noch einmal von allen Seiten darauf hingewiesen, daß die Stadt in den sauren Apfel beißen müsse. Die Zwangslage, in die die Stadtgemeinde durch die Rationationen der Großen Berliner Straßenbahn verlegt worden ist, wurde von Singer beleuchtet. Die namentliche Abstimmung zeigte, wie sehr sich in den letzten Jahren die Anschauungen in der Stadtverordneten-Versammlung gewandelt haben. 93 Stimmen waren für den Ankauf und nur 12 dagegen. Die „Große“ hat es eben doch gar zu toll getrieben!

Beim Etat des Gesinde-Verwaltungs- und Interaktions-Fonds unterzog Stadthalter das Statut der Stadthaus-Stiftung einer scharfen Kritik. Stadth. Ladevig fand den Rat, die Bestimmungen als gerecht und den Fonds als genügend zu bezeichnen. Der Etatsauschuß wird sich näher mit der Sache befassen.

Berücksichtigt. Eine geschmackvolle Vereinerung des deutschen Sprachschages verbanden wir der Igl. Eisenbahnverkehrs-Inspektion I zu Berlin. Ein Zimmerer hatte sich in einer Zuschrift an die Inspektion darüber beschwert, daß am Weihnachtabend, wo doch durchweg zu früherer Stunde als sonst Feierabend ist, auf dem Ringbahnhof Schöneberg den Arbeiter-Bohlenarten vor vier Uhr nachmittags keine Gültigkeit bezeugt worden war. Darauf erhielt er schon nach Verlauf von vier Wochen, nämlich am 21. Januar, folgende Antwort:

Zur Beschwerde vom 24. v. Mts.: Rünftig wird darauf gerücksichtigt werden, daß am 24. Dezember die Stadt- und Ringbahnzüge auf Ansuchen beim Stationsvorsteher bezw. dessen Stellvertreter auch vor 4 Uhr nachmittag zur Benutzung auf Arbeiter-Fahrkarten freigegeben werden. Wenn man getrachtet, daß es auch den Ungünstigen von Verursachung der Gelpflichterhebung kostet, Mehrere der deutschen Sprache zu sein, so verdient die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, alle Anerkennung.

In der Sache selbst wäre zu wünschen, daß die Arbeiter-Bohlenarten auch an den Abenden vor Ostern und Pfingsten zu früherer Stunde Gültigkeit hätten, wenn man nicht vorziehen sollte, für diese Karten, die zum großen Teil weit teurer sind als die Monatskarten der Stadt- und Ringbahn, überhaupt jede Zeitbeschränkung aufzuheben.

Der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Frankreich wird am 1. Februar eine wesentliche Erweiterung erfahren. Im August v. J. wurde bekanntlich der Verkehr zwischen Berlin und Paris eröffnet. Seit kurzem ist auch der Nachtverkehr zwischen Berlin und Paris eingerichtet. Der Verkehr zwischen Berlin und einer Reihe von französischen Provinzialstädten war von Anfang an vorgezogen. Doch mußten erst umfassende Versuche ausgeführt werden, ehe man die Einrichtungen dem öffentlichen Verkehr übergeben konnte. Diese Versuche haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Am 1. Februar wird deshalb der Fernsprechverkehr zwischen Berlin und 12 französischen Provinzialstädten eröffnet werden. Diese sind: Dieppe, Elbeuf, Eprenay, Fontainebleau, Le Havre, Lyon, Melun, Orleans, Reims, Rouen, St. Denis und Versailles. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von drei Minuten beträgt zwischen Berlin und Orleans 6,50 M., sonst 5 M. Zum Verkehr mit Paris sind gleichzeitig Charlottenburg und Potsdam am 1. Februar zugelassen worden. Die Gebühr beträgt hier ebenfalls je 5 M.

Der Bückeburger Antwort. Eine patriotisch entflammte Stammtisch-Kunde aus dem Café Monopol beehrt uns mit folgender Postkarte:

Lieber Vorwärts!
Wir haben Dein Gummibrief mit Interesse gelesen und können Deinen Schmerz wohl begreifen, wie konnten die Soldaten den gegebenen Befehl so genau befolgen. Wir dagegen sind entsetzt über die Disciplin der wackeren Krieger, die uns eine gute Gewähr bietet nicht nur gegen die gelbe Horde sondern auch gegen eine gewisse internationale Horde und Hegebande Stugel und Bagonetti nicht schonen werden, auch wenn sie damit etwa verwandt sein sollte, deshalb hoch die Gummien und ihre Briefe mehrere Patrioten
Café Monopol.

Ein schwerer Unfall trug sich gestern morgen auf einem Neubau in der Ansebedstr. 33 zu. Als der Maschinist Joseph Hüchig aus der Schneidwerkstraße, ein Mann von 30 Jahren, die zum Aufwinden von schweren Lasten dienende Maschine in Bewegung setzte, geriet er zwischen den Treibriemen und das Rad und erlitt, obwohl die Maschine bald zum Stillstand gebracht wurde, furchtbare Verletzungen. Die Schädeldecke wurde ihm vollständig zerquetscht. Mitarbeiter vom Bau befreiten den Unglücklichen aus dem Getriebe, und ein Arzt, der ihn einen Verband anlegte, ließ ihn mit einem Kofferschen Rettungswagen in ein Krankenhaus bringen.

Zwei Opfer der Großen. Vor dem Hause Wallowstraße 18 wurde gestern abend der 42jährige Schneidmeister Friedrich Burnow aus der Rodenstraße 42 von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und lebensgefährlich an den Beinen und am Kopf verletzt. Der Verunglückte mußte durch die Feuerwehr unter dem schweren Wagen hervorgeholt werden. Er wurde nach der Unfallstation in der Stiglerstraße gebracht und dort verbunden. Gleichzeitig wurde in Rixdorf ein sechsjähriger Knabe von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt.

Die erste elektrische Bahn für den Güterverkehr in Groß-Berlin soll im Frühjahr eröffnet werden. Sie wird den Bahnhof Rummelsburg mit Ober-Schöneweide am rechten Spreelüfer verbinden. Die Geleise sind bereits verlegt. Die frühere Eigentümerin der Linie, die Grundrenten-Gesellschaft, übernahm den Bau der Bahn als Bedingung bei dem Verkauf von Grundstücken zur Anlage von Fabriken auf dem rechten Spreelüfer zwischen Berlin und Köpenick. Den Betrieb übernimmt die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen, die Erbauerin und Eigentümerin des Spreetunnels und der Berliner Ostbahnen. Die Bahn, die normalspurig angelegt ist, hat den Zweck, die Güterwagen der Staatsbahn vom Bahnhof Rummelsburg ohne Umladung in die Höfe der Fabriken an der Obersee zu bringen. Die Bewegung der Wagen wird durch elektrische Lokomotiven bewirkt, die ihren Strom einer über die Straße gezogenen Oberleitung entnehmen. Die Lokomotiven wie die Anbringung der Strecke liefert die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft.

Den zu Hause arbeitenden Schneiderinnen und andern in ihrer eignen Wohnung beschäftigten Frauen und Mädchen möge ein neuer Diebstahl zur Warnung dienen. Bei der Schneiderin R. in der Lindenstraße erlitten gestern morgen 8 1/2 Uhr, als die Arbeiterin noch kaum angekleidet war, eine recht vornehm aussehende Dame, die sich für eine Schauspielerin am Deutschen Theater ausgab. Sie sei erst vor kurzer Zeit von Wien hierhergekommen, habe von dem guten Ruf des Fräulein R. gehört und wolle sich nun ein Kostüm von ihr anfertigen lassen. Da Fräulein R. zum Teil für Schauspielerinnen arbeitet, fiel ihr das Begehren der Fremden auch dann nicht weiter auf, als diese über alles Mögliche zu plaudern anfing und schließlich eine Tasse Kaffe zu trinken begehrte. Diese Bitte konnte einer neuen Kambin nicht gut abgelehnt werden; Fräulein R. nahm ihr Portemonnaie aus dem an der Wand hängenden Jackett, um Kaffe holen zu lassen, und be-

gann dann mit dem Annehmen. Eine gute Weile noch blieb die neue Kundin bei der Schneiderin, um sich schließlich mit der Fufage, daß der Stoff im Laufe des Tages gefärbt werde, zu entsinnen. Als Fräulein A. allein war, bemerkte sie, daß ihr das Portemonnaie, das sie in die Rocktasche gesteckt hatte, entwendet worden war. Bisher ist es noch nicht gelungen, der Diebin habhaft zu werden.

Einbruch. In der verfloffenen Nacht wurde in der Halle II der Volks-Kaffee- und Speiseanstaltsgesellschaft in der Neuen Schönhauserstr. 13 ein Einbruch verübt. Die Diebe zerstückelten die große Spiegelscheibe des Schaufensters und begaben sich durch das Fenster nach dem hinter der Küche belegenen Inspektionszimmer. Dort erbrachen sie den Geldschrank und andre Behälter, doch machten sie nur verhältnismäßig geringe Beute, da der Vorsteher der Anstalt am Tage vorher die vorhandenen nicht unbedeutlichen Summen an der Hauptkassette abgeliefert hatte. Von den Einbrechern fehlt noch jede Spur.

Tödtlich verlaufen ist der Automobilunfall, von dem, wie wir kürzlich berichteten, der Herr Wilhelm Böhm vom Kurfürstendamm 256 hier selbst auf dem Wege vom Königstein über den hohen Schneberg nach Bodenbach-Zeißchen betroffen wurde. Wie nämlich hierzu weiter gemeldet wird, ist Herr Böhm im Kronenhaus zu Zeißchen, wohin er sofort gebracht worden war, seinen schweren Verletzungen erlegen. Die Leiche des Bedauernswerten wird demnächst zur Beerdigung nach Berlin übergeführt werden.

Feuerbericht. Donnerstag früh wurden Pustigstr. 12 Kleidungsstücke und Wäsche eingeküchert. Vorher brannte Admiralstr. 18 die Balkenlage eines Fabrikraums, Tisiterstr. 88 und Urbanstr. 108 ruhten kleine Wohnungsbrände beseitigt werden. Mittwochabend 11 Uhr entstand während der Aufführung hinter der Bühne des Schauspielhauses elektrischer Kurzschluß, der aber vom Theaterpublikum nicht bemerkt wurde. Abgesehen von leichten Brandwunden, die sich ein Arbeiter an den Händen zuzog, ist Schaden nicht entstanden. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die Wehr nach Stargarderstr. 73 gerufen. Er wurde in kurzer Zeit abgelöscht, hat aber doch den Inhalt einiger Bodenlampen zerstört. Ein Alarm nach Rosenhalestr. 48 war durch überglühenden Teer verursacht. Außerdem wurde die Wehr noch nach der Stadtbahn gerufen, wo bei dem Bahnbogen 188 eine Holzstube Feuer gefangen hatte.

Die Neue freie Volkshöhle veranstaltete am Sonntagabend 7 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses einen Projektionsvortrag (mit Lichtbildern) über Arnold Böcklin, sein Leben und sein Werk. Vorleser: Dr. H. H. sind in allen Hallen zu haben. Am selben Tage, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet im Thalia-Theater die Wiederholung von *Wien's Silbente* für die II. Abteilung statt, zu der noch Mitglieder in allen Hallen sowie beim Kassierer G. Reiz, Georgenkirchstr. 47 I, aufgenommen werden.

Im Kursaal der Urania, Taubendröcke, beginnt heute Freitag, Herr Professor Müller einen aus acht Vorträgen bestehenden Kursus über Biologie. Die Vorträge sind: *Die Nahrungsmittel und ihre Veränderungen* mit dem Vortrage *Die Nahrungsmittel des Menschen*. Die Vorträge, welche immer freitags um 8 Uhr stattfinden, sind auch jeder für sich verständlich.

Aus den Nachbarorten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung nahm am Mittwoch den Antrag Böllner und Genossen betreffend eine Eingabe an das preussische Staatsministerium gegen die Verleugung unentbehrlicher Volks-Nahrungsmittel durch Bölle, im besonderen gegen die Erhöhung der bestehenden Getreidezölle bei den bevorstehenden Beratungen des Bundesrats über die Erneuerung der Handelsverträge an. Erfreulicherweise erklärte sich nicht nur die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung dafür, sondern auch der Magistrat erklärte durch den Oberbürgermeister Schustehrus, daß er auf dem Boden des Antrags stehe; er sei der Ansicht, daß es sich bei der Erhöhung der Erhöhung um eine Angelegenheit handle, die die lokalen Interessen von Charlottenburg eng berühre. Deshalb werde der Magistrat dem Antrage Böllner im Falle seiner Annahme beitreten.

Die beiden nächsten Anträge richteten sich gegen die Direktion der Großen Berliner. Der erste Antrag ersucht den Magistrat, in Rücksicht auf die großen Gefahren, denen das Publikum bei dem raschen steigenden Verkehr auf den elektrischen Straßenbahnen ausgesetzt ist, dahin zu wirken, daß die jetzt seitlich der Mittelpromenaden in der Hardenberg-, Tauentzien- und Meißnerstraße liegenden Schienenwege nach der Mitte der Mittelpromenaden verlegt werden und außerdem außer seitlich der Gasse keine Dornhecken angelegt werden, womit ein ungeheures Ueberschreiten der Gasse verhindert werden kann.

Nach längerer Debatte wurde die Beschlußfassung darüber vertagt, bis die Beratung der Tiefbau-Deputation über diese Frage beendet ist. — In dem zweiten Antrag wird der Magistrat ersucht, mit allen verhältnismäßig zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, 1. daß seitens der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft dem Verkehrsbedürfnis entsprechend auf den nach Charlottenburg führenden Linien ausreichende Wagen eingestellt und die Fahrgehalte dieser Linien geregelt werden, 2. daß ein regelmäßiger Betrieb auf den gedachten Linien mehr als bisher gewährleistet werde und 3. daß beabsichtigte Veränderungen im Verkehr dem fahrenden Publikum rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werden.

Nachdem verschiedene Redner über die Minderheitslosigkeit der Großen Berliner schwere Klagen geführt hatten, gelangte der Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme.

Weiter entsandte die Versammlung als Vertreter auf den allgemeinen preussischen Stadtag ihre beiden Vorsitzenden und genehmigte verschiedene kleinere Vorlagen, darunter die Verstärkung der Statoposition, bare Unterstützungen an die Insassen der Familienhäuser und betreffend käufliche Nebennahme der der Stadt vom *Roten Kreuz* geliehenen Baracken. Beide Vorlagen sind durch die Vermehrung der Zahl der Obdachlosen verursacht. Endlich beschäftigte sich die Versammlung noch mit einer Petition des Herrn Dr. Stolp betreffend Errichtung einer

städtischen Hypothekbank und Gründung einer städtischen Feuerversicherungsanstalt. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen, da die Petition zugleich auch dem Magistrat vorliegt, dem die Stadtverordneten in ihrer Verscheidenheit nicht vorgreifen wollen.

Die Streiklausel spielte vorgestern auch in der Gemeindevertretung von Zehlendorf eine Rolle. Die Begründung dieser parteiischen und arbeitserfindlichen Forderung des Arbeitgeber-Bunds lag dem Bau-Unternehmer Schirmer ob, der die üblichen Sprüche vom Herr im Hause sein und vom Terrorismus der Arbeiter herabsetzte. Das ebenfalls angeführte Argument, daß im Weigerungsfalle die Lieferung von Baumaterialien verhindert werde, scheint der Herr nicht als Terrorismus zu betrachten. Interessant waren darauf die Entgegnungen eines andren Gemeindevertreters, des Bauunternehmers Jänike. Er fürchtete den Materialienboykott nicht; in früheren Jahren habe er trotz der von der Arbeiterschaft verhängten Sperre mit acht Streikbrechern einen Bau hoch gebracht. Den Leuten sei von der Innung der Dank für Lebenszeit zugesichert worden, Gratifikationen habe man ihnen versprochen, aber als sie ihre Arbeit gethan hätten, seien sie von der Innung vergessen worden. Als entschiedener Gegner der Streiklausel bekannte sich der Gemeindevertreter Kientämper. Die Gemeinde dürfe sich dem Bunde der Arbeitgeber nicht anliefern; wer von seinen Arbeitern Vorteil habe, solle auch das Risiko tragen, ein Schneidermeister, der zum Hochzeitstage einen Rock zu liefern habe, verlange auch keine Streiklausel. Böllig unannehmbar sei die Bestimmung, daß einfach alle Vertragsverpflichtungen ruhen sollten, wenn der Unternehmerverband über einen Bau die Sperre beschliesse; das käme darauf hinaus, daß die Unternehmer, die doch auch keine Engel seien, überhaupt keine Verpflichtungen bezüglich des Bauernhutes mehr zu halten hätten. Eine bezeichnende Stellung nahm der Gemeindevorsteher ein. Er fragte, ob man an einem Bau, über den die Sperre verhängt sei, noch weiter arbeiten könne. Als diese Frage verneint wurde, kam er zu dem Schluß, daß dann ein Streik gegen die Streiklausel hinfällig sei und man sie ruhig annehmen könne. In einer Abstimmung kam die Vertretung nicht; sie beschloß vielmehr ohne Motivierung Vertagung der Angelegenheit.

Aus Nixdorf. Nachdem der im 14. Wahlbezirk der 3. Abteilung kürzlich zum Stadtverordneten gewählte Bierverleger Müller aus berechtigten Gründen die Wahl abgelehnt hat, findet für genannten Bezirk am Dienstag, den 12. Februar, von vormittags 10 bis abends 6 Uhr eine Ersatzwahl statt. Wahllokal ist das Restaurant Hartmann, Kapstr. 59. Der Wahlbezirk umfaßt die Köpffstraße, sowie die Steinwegstraße von Nr. 20—42 und 101—125. Der Gewählte muß Hausbesitzer sein.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern vormittag der 26 Jahre alte Telegraphenarbeiter Max Wager aus der Nixdorferstr. 7 in Berlin. Er zog auf dem Nixdorfer Bahnhof eine Telefonleitung, wobei er das Unglück hatte, stüßlings vom Dache des Bahnhofs abzufallen. Mit eingedrückt verletzten und verstaubtem Rücken wurde der Bedauernswerte zunächst nach der Unfallstation in der Steinwegstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Wager ist verheiratet und Vater zweier Kinder.

Selbstmord eines Gendarmen. Der in Schmargendorf stationierte Gendarm Vogel von der dritten Gendarmbrigade hat sich vorgestern früh zwischen Paulsborn und Hundebeste erschossen. Ein Einwohner von Schmargendorf und ein zufällig im Grünwald wohnender Berliner Arzt fanden, wie hiesige Blätter berichten, die Leiche am Nachmittag in einer dicht am Grünwaldsee gelegenen Schöpfung. Neben dem Gendarmen lag sein Dienstrevolver, mit dem er sich in die Schläfe geschossen hatte. Der Arzt konnte nur den schon in der Frühe eingetretenen Tod konstatieren. Ueber das Motiv, das den Mann, der als thätiger Beamter bekannt war, in den Tod getrieben, ist nichts bekannt. Vogel lebt in guten Verhältnissen; er hatte in Schmargendorf eine hübsche Besizung.

Gerichts-Beizung.

Ueber die Regelung des Feuerlöschwesens bei Schaffung von Pflichtfeuerwehren hat das Kammergericht sich anlässlich eines Strafverfahrens ausgelassen, das gegen zwei Fahrverlester aus Eberswalde eingeleitet worden war, weil sie sich geweigert hatten, bei einem Feuer die in einer Ortspolizei-Verordnung vorgeschriebenen Spandienste zu leisten. Das Kammergericht verwies die Sache nochmals an die zweite Instanz zurück und führte in principieller Hinsicht aus: Eine Pflichtfeuerwehr könne durch Polizeiverordnung nicht eingerichtet werden. Dagegen sei es zulässig, eine Feuerlöschordnung durch eine Polizeiverordnung zu schaffen und darin den Verpflichteten für den Fall der Zuwiderhandlung Strafen anzudrohen. Eine solche Polizeiverordnung könne sich auch erstrecken auf die Verteilung der Spandienste. Die Schaffung der Pflichtfeuerwehr sei Sache der Kommune. Es genüge dazu ein Ortsstatut, wie das Eberswalder, worin vorgesehen werde, eine Organisation der Feuerlöschhilfe nach den Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 1. Juni 1898. Hierdurch werde gewissermaßen die Polizeiverordnung mit ihren Festsetzungen der einzelnen Verpflichtungen in das Ortsstatut der Stadt aufgenommen, und das sei zulässig. Demnach sei die Pflichtfeuerwehr in Eberswalde richtig zu stande gekommen. Der Vorderrichter werde aber noch nachprüfen müssen, inwieweit die beiden Angeklagten ihre Pflicht verletzt hätten.

In einer Klagesache hat die 18. Zivilkammer des Landgerichts I dahin entschieden, daß, wenn der Prinzipal einem Handlungsgehilfen erklärt, daß auf ihm der Verdacht des Diebstahls ruhe, der Handlungsgehilfe nicht verpflichtet ist, eine Kündigungserklärung einzuhalten. Ein solcher in Gegenwart anderer ausgesprochener

Diebstahlverdacht sei eine erhebliche Ehrverletzung im Sinne des § 71 Nr. 4 des Handelsgesetzbuchs; denn die Folge müsse sein, daß der Kläger der Achtung und des Vertrauens des übrigen Personals verlustig ging und von diesem gemieden wurde. Unter solchen Umständen war ihm nicht zuzumuten, länger im Dienste des Beklagten zu verharren. Ein Beweis für den Diebstahl sei in keiner Weise erbracht oder auch nur angetreten. Es lag daher ein wichtiger Grund im Sinne des § 71 Nr. 4 des Handelsgesetzbuchs vor, der den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigte.

Ueber den Haftentlassungs-Antrag, den der schon so lange inhaftierte Erich v. Kriegerheim gestellt hat, ist eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Voraussichtlich dürfte das Entschieden des Gerichtsphilas und Gefängnisarztes Dr. Puppe ausschlaggebend werden, auf den sich der Angeklagte nachträglich noch bezogen hat. Es wird darauf ankommen, ob Dr. Puppe sich der Ansicht des Geh. Medizinalrats Professor Dr. Senator anschließen wird, der zwar keine unmittelbare Lebensgefahr, aber doch eine weitestehende Verschlimmerung des Augenleidens konstatiert hat. Professor Dr. Senator hat sich dahin ausgesprochen, daß durch die Fortdauer der Haft infolge des jahrelangen Gebrauchs narkotischer Mittel, sowie infolge des kleineren Wohnraums und infolge des ungenügenden Aufenthaltes im Freien bei dem asthmatischen Leiden des Angeklagten dessen Gesundheit geschädigt würde. Nach der Entscheidung des Haftentlassungs-Antrags werden die Akten dem Reichsgericht zur Prüfung der Revision übersandt werden. Die Verteidiger Rechtsanwält Dr. Schwint, Morris und Leonh. Friedmann haben jeder einzelne in umfangreichen Schriftsätzen die Revision begründet. Außerdem hat der Angeklagte zu Protokoll des Gerichtsschreibers im Untersuchungsgefängnis persönlich noch das Urteil vom 7. Dezember vorigen Jahres angefochten.

Der gute Glaube des Hauswirts. Um sich eines unbequemen Mieters zu entledigen, hatte der Hauseigentümer Albert Aniebandel zu einem Mittel gegriffen, das ihn gestern unter der Anklage des Hausfriedensbruchs vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. In dem Hause des Angeklagten wohnte der Schuhmacher Schabed, dem wegen schlechter Mietzahlung ordnungsmäßig am 15. August zum 1. September gekündigt worden war. Am 1. September erklärte Schabed seinem Wirt ründ heraus, daß er nicht ziehen werde, da seine Vermögen, eine andre Wohnung zu erhalten, vergeblich gewesen seien. Der Angeklagte hob nun einfach Türen und Fenster in der Schabedschen Wohnung aus und brachte dieselben in seinen Keller. Drei Tage lang hauste der Mieter noch in der offenen Wohnung, dann gelang es ihm, ein andres Unterkommen zu finden. Der Staatsanwalt hielt deshalb einen Hausfriedensbruch nicht für vorliegend, weil der Angeklagte sich im guten Glauben befunden haben könne. Dagegen liege in dem Verhalten des Angeklagten der Hochverrat der verurteilten Wohnung. Der Angeklagte hätte das Gericht in Anspruch nehmen müssen, anstatt Selbsthilfe zu üben. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 M. Der Gerichtshof erkannte auf diese Strafe.

Verfammlungen.

In der Monatsversammlung der Braner, die am 20. d. M. im Gewerkschaftshause stattfand, hielt Herr F. Stenz einen Vortrag über Disziplin. Hieraus gab der Kassierer Gärtnier die Abrechnung pro 1900 mit Angabe aller einzelnen Posten. Es zeugt am besten von dem guten Gedeihen unseres Vereins, daß unsre Sektion im vergangenen Jahre fast 1000 M. mehr an die Hauptkasse abführte als im vorhergehenden. — Anmeldungen sind direkt an den ersten Vorsitzenden Kollegen L. Godapp, Weizensee, Wörthstraße 13, II, zu richten.

Vermishtes.

Zur Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk meldet ein Privattelegramm der *Fortunions Zeitung* aus Gumbinnen: Nach einem Scharfschießen auf dem Scheibenstand ließ Rittmeister v. Krosigk von seiner Schwadron die Karabiner im Vorrang der Reitbahn ablegen und eine Abteilung reiten. Er selbst schloß um die Pferde an den Anall zu gewöhnen, mit Klapptrommel mittels eines Revolvers, als plötzlich durch ein Guckloch der Seitenwand ein scharfer Schuß fiel. v. Krosigk konnte noch den neben ihm stehenden Wachtmeister fragen: „Haben Sie geschossen?“ und brach dann, durch die Brust getroffen, zusammen. Der Tod trat nach 4 Minuten ein. Der Karabiner, mit dem der Schuß abgefeuert worden war, wurde noch rauchend vorgefunden. Er trug die Nummer 19 und gehörte einem Dragoner, der in der Abteilung selbst mitritt. Dieser kann also nicht der Mörder sein. Die Untersuchung ist im vollen Gange, doch ist der Thäter bis jetzt noch nicht ermittelt.

Eine der größten Papierfabriken Frankreichs ist in der vorletzten Nacht in Angoulême abgebrannt. Der Schaden wird auf eine Million Frank geschätzt, 400 Arbeiter sind brotlos geworden.

Eine Feuerbrunst in Montreal hat am Mittwoch einen großen Teil des Geschäftsviertels zerstört; der Schaden wird auf 5 Millionen Dollar geschätzt.

Die Pest. Aus Astrachan wird gemeldet: Der Gouverneur macht bekannt, daß neuerdings in drei weiteren kirgisischen Ansiedlungen und in einer Ansiedlung an der Grenze von Samara pestverdächtige Erkrankungen vorgekommen seien. Alle infizierten Ortschaften sind von einem undurchdringlichen doppelten Kordon umschlossen. Die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle ist nach dem offiziellen Bericht noch nicht festgestellt, doch dürften die Privatmeldungen, welche von Tausenden von Erkrankungen berichten, ohne Zweifel übertrieben sein. Unter den infizierten Ortschaften befindet sich auch die deutsche Kirchspielskolonie Zalowla.

Diese Woche Freitag und Sonnabend

Ausnahme-Preise

für Mädchen-, Knaben- und Damen-Konfektion.

Kindermäntel, Kinderkleider, Kinderjaken und Jacketts, Knabenauletts, Knabenanzüge, Knabenhosen, Knabenjoppen. Damen: Golfcapen, Krimmercapen und Stoffcapen, mit und ohne Application, Facco-Jacketts, halb und ganz anschließende Jacketts, Costumes, Costumröcke, Blusen in Seide und Wolle, Tricottailen, Jupous, Morgenröcke und Matinés.

Die Preise sind bedeutend ermässigt und mit Blaustift auf den Etiquetts vermerkt.

Heyn & Goldschmidt, Grösstes Kaufhaus des Nordens

Danzigerstr. 98, Ecke Schönhauser- und Pappel-Allee.